

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einheit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro-Quartal M. 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,40.

Herausgeber: Joh. Stanning, verantwortl. Redakteur: F. Paepow,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 5, Brennerstr. 11, 1. Et.

Rechts-Anzeigen
für die dreigespaltenen Beitzelle oder
deren Raum 30 A.

Verbandskollegen! Agitiert kräftig für die Stärkung der Organisation. **VA VA VA** Haltet Eueren im Lohnkampf stehenden Kollegen den Rücken frei.

Inhalt: 125 000. — Das Submissionswesen. — Maurer-
bewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen,
Belanntmachung des Verbandsvorstandes. Quittung, Berichte.
— Zeitalterkrankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz,
Submissionen etc. — Aus anderen Verufen. — Polizei und
Gerichte. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. —
Anzeigen.

125 000

Es geht vorwärts! Die Auflage des „Grund-
stein“ steigt langsam, aber stetig. Mit der Nr. 40,
zu Beginn des Herbstes im vorigen Jahre, hatten wir
den höchsten Stand mit einer Auflage von 117 500
Exemplaren erreicht, und mit dieser Nummer haben
wir 125 000 überschritten. Seit Anfang Februar ist
die Auflage um rund 12 1/2 Tausend gestiegen, denn
im vierten und im Anfang des ersten Quartals war
sie um fünf Tausend zurückgegangen. Diese bebauerliche
Erstehung hatten wir bisher jeden Winter zu regi-
strieren, doch wird sie von Jahr zu Jahr unbedeutender.
Im Winter 1901/02 ging die Auflage des „Grund-
stein“ von 91 auf 80 Tausend = 12 pSt. zurück, im
Winter 1902/03 von 95 auf 88 Tausend = 7 1/2 pSt.
und im letzten Winter war der Rückgang gleich 4 1/4 pSt.

An der Auflage des „Grundstein“ gemessen, hat
der Verband rund 115 000 Mitglieder. Eine ansehnliche
Zahl, aber doch noch zu gering im Vergleich zu allen
auf Bauten beschäftigten Maurern, die noch alle für
unsere heilige Sache gewonnen und zu überzeugten
Mitgliedern erzogen werden müssen. Die agitatorische
Tätigkeit für die Erweiterung und Erstarkung unserer
Organisation darf keinen Augenblick ruhen. Und diese
Arbeit darf nicht einzelnen Kollegen aufgebürdet werden,
sondern jeder soll und muß sein bescheiden Teil dazu
beitragen, daß über Zweck und Ziel und über die Not-
wendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes immer größere
Kreise aufgeklärt werden.

Wenn so agitiert wird, streng sachlich und doch mit
warmer Ueberzeugung, dann muß es gelingen, im
kommenden Sommer noch an 50 000 standhafte Mit-
glieder unserem Verband zuzuführen. Je kleiner die
Zahl der uns fernstehenden Kollegen wird, desto größer
sind unsere Gewinnchancen in den Lohnkämpfen; desto
eher werden die Unternehmer geneigt sein, auf fried-
lichem Wege akzeptable Verbesserungen der Arbeits-
bedingungen zu gewährleisten.

Die Zahl der Mitglieder allein tut es aber nicht.
Die Kollegen müssen überzeugungstreue, standhaft in
allen Lebenslagen sein und mit Worten und Taten die
Arbeiterbewegung überall zu fördern suchen. Das
können sie nur, wenn sie alle ihnen von der Organi-
sation gebotenen Mittel: Versammlungen, Fachorgan,
Bibliothek etc., benutzen, um sich fortzubilden und in
steter Fühlung miteinander zu bleiben. Wer selbst
lässig ist, kann keinem anderen als Vorbild dienen,
kann keine neuen Mitglieder werden und erziehen.

Die Gleichgültigkeit ist ein gar böser Feind der
Organisation, vielleicht schlimmer als der Unverstand.
Sicher sind Gleichgültigkeit und Unverstand zusammen
viel größere Hindernisse für die Ausbreitung der Organi-

sation, als Verstocktheit und böser Wille. Die verstockten
und böswilligen „Kollegen“ können wir zunächst getrost
sich selbst überlassen und sie mit Verachtung strafen,
aber die unverständigen müssen bearbeitet werden, bis
sie den richtigen Geist in sich aufgenommen haben, und
die gleichgültigen müssen fortgesetzt ermuntert, auf-
gestachelt und herausgerissen werden aus dem ver-
dammten Phlegma.

D, hätten wir diese systematische Gleichgültigkeit,
die Indifferenz nicht unter den Arbeitermassen, wie
weit schon möchte die Arbeiterbewegung vorgeschritten
sein und das gesellschaftliche Leben beeinflusst haben!
In welchem Maße unsere Organisation, der Maurer-
verband, unter der Gleichgültigkeit der Maurer zu leiden
gehört hat, dafür mögen nur einige Zahlen angeführt
sein. In den vier Jahren 1900—1903 sind in den
Verband rund 153 000 Mitglieder aufgenommen worden,
im Jahre 1899 waren aber schon über 74 000 Mit-
glieder vorhanden, so daß nach Abzug der Verstorbenen
oder des sonstigen unvermeidlichen Abgangs zu Beginn
dieses Jahres gut und gern 220 000 Mitglieder im
Verband sein könnten. Hierbei ist freilich zu berück-
sichtigen, daß unter den aufgenommenen und wieder
abgefallenen Kollegen eine große Zahl ist, die sich jedes
Jahr oder in einem Jahre paarmal aufnehmen lassen.
Aber ein desto schlimmeres Zeugnis für die Gleich-
gültigkeit ist es.

Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden durch
andauernde Agitation und Organisationsfürsorge: Haus-
agitation in Verbindung mit dem Einfassieren der
Beiträge, Bauagitation in Verbindung mit der Be-
festigung des Deputiertenwesens und Einführung regel-
mäßiger strenger Bücherkontrolle. Das sind unerläß-
liche Bedingungen für den gesunden Fortschritt der
Organisation.

In diesem Sinne tue jeder Kollege seine Pflicht,
dann erst wird unser Verband allen Kollegen ein
mächtiger Hort sein, der jedem Ansturm der Unter-
nehmer gewachsen ist.

Das Submissionswesen.

Unter Submission versteht man biesige Form der Ver-
dingung, bei der eine möglichst wirksame und aus-
gedehnte Konkurrenz durch schriftliche Angebote, heft-
die Ausführung von Arbeiten oder Lieferungen, unter bestimmten
Bedingungen herbeigeführt werden soll. Dem Mittelum war
dieses Verfahren nicht bekannt. Im Mittelalter konnte von
einer Entlohnung der Konkurrenz, wie sie die Submission
darstellt, nicht die Rede sein. Die städtischen Arbeiter stelen
den Bürgern zu. Die Fürsten hatten ihre Hofhandwerker.
Später wurde der sachliche Bedarf des Staates durch nach-
Willkür und Günst gewählte Personen beschaft. Das heutige
Submissionsverfahren ist eine Erfindung der kapitalistischen
Wirtschaft. Es kam zuerst in Frankreich auf; seine
Anfänge reichen bis in die Zeit des Ministers Colbert
(zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts) zurück. Doch blieb es
lange nur eine Verwaltungspraxis ohne gesetzliche Grundlage;
im Jahre 1833 wurde es zuerst geregelt nach dem System der
Öffentlichkeit und der freien Konkurrenz.

In Deutschland hat sich das Submissionswesen erst
im Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau um die Mitte
des vorigen Jahrhunderts entwickelt; von diesem ist es in die
öffentlichen Verwaltungszweige durch Ministerial-
befehle übergegangen.

Der wichtigste Gegenstand des Submissionsverfahrens ist
die Ausführung von Bauten, Straßen und anderen
Anlagen. Daneben steht die Lieferung der verschiedensten
Bedarfsobjekte für den Staat (Militär, Eisenbahnen etc.).

Mit der Einführung des öffentlichen Ausschreibungs-
verfahrens bei den deutschen Behörden verfolgt man mehrere
Zwecke. Zunächst will man den Organen des Staates und der
Gemeinden eine Menge zeitraubender und schwieriger Einzel-
geschäfte abnehmen und zwar hauptsächlich geleitet von der Er-
wägung, daß diesen Organen in der Regel die Fähigkeit abgeht,
die Gestaltungen des Waren- und des Arbeitsmarktes zu
beobachten und auszunutzen. Man wollte es dem freien Wett-
bewerb anheimstellen, den für den Auftraggeber vorteilhaften
Ausgleich in den Preisen zu bewirken. Hinzu kam, daß man
glaubte, auf diese Weise den oft nur zu berechtigten Vor-
würfen der Parteilichkeit und Käuflichkeit,
wie sie die freihändige Vergabung mit sich bringt, ein Ende
machen zu können.

Aber es konnte naturgemäß nicht fehlen, daß sich die öffent-
liche Vergabung auszuwuchs zu einem wirtschaftlichen
Unwesen. Sie begünstigte den willkürlichen und unläutersten
Wettbewerb zum Nachteil der qualitativen Leistungsfähigkeit der
Gewerbe, wie zum Schaden der Unternehmer und der Arbeiter,
des Staates und der Gemeinde. Es wurde Grundfaß bei der
Submission, daß demjenigen Unternehmer die Arbeit oder die
Lieferung zu übertragen sei, welcher die geringste Forderung
erhob. In demselben Maße, wie sich die freie Konkurrenz im
allgemeinen verschärfte, spitzte sich selbstverständlich auch die
Submission immer mehr zu einem rücksichtslosen, mit der Waffe
der Unterbietung geführten Kampfe zu. Auf diese Weise
hat sich ein Submissionswesen herausgebildet, das den un-
ehrlichsten Geschäftspraktiken Vorschub leistet und
allen Grundfügen ehrlicher und guter Arbeitsleistung Hohn spricht.

Diese mit dem öffentlichen Vergabungsverfahren verbundenen,
reife aus ihm resultierenden Schäden sind so stark und so in
die Erscheinung getreten, daß selbst die kapitalistische
Presse nicht zu ihnen schweigen konnte. Aus ihren Reihenungen,
die wir uns im Laufe der Jahre gesammelt haben, greifen wir
die folgende der „**Sächsischen Zeitung**“ heraus:

„Die Neingewählten Kreise sagen, mit dem
heutigen Vergabungsverfahren würde eine „Gand-
werferhand“ großgezogen, es sei die „Ermüt-
gung der schlechten Arbeit“, ein wirtschaft-
liches Mordsystem, das zum Schaden der ge-
biegenen Unternehmer gehandhabt würde. In der Tat
kann die ungemessene Verschwendung der Preisangebote,
wie sie bei vielen Vergaberhandlungen herauskommt,
zu denken geben. Die Unterangebote sind mitunter so groß,
daß es unmöglich ist, sie mit der Verschwiegenheit der
von den Weibern gestellten Ansprüche zu erklären; es
kann auch vor, daß die Angebote unter die Selbstkosten-
preise herabgehen, sei es, daß Unkenntnis, sei es, daß
Unehrlichkeit der Anbieter die Herren Gründe bilden.
Unendlich darf man wohl das Verfahren nennen, wenn
jemand den Schaden, der ihm bei der Annahme seines
Angebotes droht, abwenden zu können hofft durch Ent-
schädigung für außerbetriebliche Leistungen (bei Nach-
arbeiten und Verbesserungen), durch gewinnbringende ein-
seitige Auslegung des Vertrages oder gar durch Ver-
zögerung der Ansprüche der Lieferanten und Arbeiter.
Es ist auch kaum zu billigen, wenn jemand durch un-
mäßige Unterbietung, um nur das Geschäft zu machen oder
es einem anderen nicht zu gönnen, die Mitbewerber bei-
seite schiebt, oder wenn er lediglich aus dem Grunde mit
allen Mitteln nach dem Zuschlage freibt, um alle Schulden
zu begleichen, den Zusammenbruch des Geschäftsbetriebes
hinauszuführen und neue Darlehn zu erschaffen.“

Auch wir haben uns mit dieser „Frage“ schon oft und
öfters beschäftigt, indem ja auch die Organisation der
Baugewerblichen Arbeiter sich ihr stets große
Aufmerksamkeit geschenkt haben und zwar speziell unter Berück-

schätzung der Arbeiterinteressen. Einige unserer früheren Ausführungen mögen hier wiedergegeben sein:

So mancher Unternehmer, der sich unerschütterlicher Unterstützung schuldig macht, rechnet dabei von vornherein mit dreierlei Absicht:

1. die Lieferanten des zu verbrauchenden Rohmaterials nach Möglichkeit zu pressen;

2. den Bau unter Zuhilfenahme geblühender Käufungen und betrügerischer Manipulationen mit möglichst geringem Kostenaufwande herzustellen;

3. nach Möglichkeit an Arbeitslöhnen zu sparen, bezw. möglichst viel Arbeitsleistung aus den Arbeitern herauszuschinden.

Die Praktiken unter 2 und 3 stehen im engsten Zusammenhang; sie bewirken eine schlechte, oft den einfachsten Regeln der Baulunst Hohn sprechende Ausführung des Baues und, wie die Erfahrung lehrt, nicht selten große Unglücksfälle. Die Arbeiter werden, um dem Unternehmer den Profit zu sichern, in rücksichtsloser Weise angegriffen. Die Auswüchse des Systems der **Alfordarbeit** sind nicht zum geringsten Teile eine ganz direkte Folge der Submissions-Unternehmungen.

Kongresse der baugewerblichen Arbeiter haben über dieselben in den Satzungen begründeten Ueberzeugung Ausdruck gegeben.

Mehrfach haben Votierungen an den Submissionsbedingungen herum kirkert. So auch in Preußen. Dort gab das Ministerium der öffentlichen Arbeiten unter dem 17. Juli 1885 neue Bestimmungen über das Verdingungsverfahren, dessen Zweck, damit wenigstens „ein einleitlich befristeter Zustand“ zu schaffen. Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. Die Klagen über das Submissionswesen sind immer bestiger geworden.

Ähnlich nun hatte sich das preussische Abgeordnetehaus mit mehreren Anträgen, betreffend die Neuordnung des Submissionswesens, zu beschäftigen. Die konservativen Mittelstandsreiter unter Führung der Herren **Fellisch** und **Sammer** forderten, daß dem Mindestbietenden nicht grundsätzlich der Zuschlag erteilt und daß die Arbeiten und Lieferungen möglichst nicht an Generalunternehmer, sondern in getrennten Losen vergeben und daß angemessene Ausschreibungsfristen innegehalten werden. Ein Antrag der Freikonservativen verlangte, daß dem Mindestbietenden nur dann der Zuschlag erteilt wird, wenn er in bezug auf Leistungsfähigkeit und in bezug auf die Erfüllung seiner Verpflichtungen, namentlich auch gegen die Arbeiter und Handwerker, Sicherheit bietet und sein Gebot angemessen ist, daß die Arbeiten und Lieferungen sämtlich in getrennten Losen an Unternehmer oder Unternehmerverbände vergeben, auch angemessene Ausschreibungsfristen innegehalten werden, und endlich, daß bei der Vergabe nach Möglichkeit die ortsangewesenen Handwerker und Unternehmer berücksichtigt werden.

Ein Antrag des Volksparteilers **Oser** entlich ging dahin, daß Anerbietungen solcher Unternehmer unberücksichtigt zu lassen sind, welche Löhne zahlen oder Arbeitsbedingungen stellen, die hinter den in ihren Gewerben ortsüblichen Löhnen oder Arbeitsbedingungen zurückbleiben. Herr **Fellisch** begründete seinen Antrag, ohne etwas Neues vorzubringen. Nur ein Punkt seiner Rede scheint uns besonderer Anmerkung wert. Er sagte:

„Nach unserer Ueberzeugung hat auch die submittierende Behörde keinen Vorteil durch sinnloses Unterbieten; denn die Unternehmer, welche in jedem Fall das Mindestgebot abgeben wollen, müssen und werden sich in fast allen Fällen untauglicher und unerlaubter Mittel bedienen, um schließlich noch zu ihrer Bedingung zu kommen. Die Löhne wie nur irgend möglich zu drücken; sie werden versuchen, die Kontrolle des betreffenden Beamten zu umgehen, um sie unwirksam zu machen; genug, sie werden versuchen, überall noch ein Häkchen zu finden. Das ist gar keine Frage, daß darunter das Werk und die Arbeit leidet.“

Das haben die „bösen Sozialdemokraten“, die Herr **Fellisch** so gerne vom Erdboden vertilgt sähe, schon vor weit wie oft gesagt. Der Herr fügt hinzu:

„Auch die wilden Unternehmer, die doch auch im Kampf um's Dasein stehen, werden sich sagen: 'Ja, wenn Dir der Zuschlag gegeben werden soll, dann mußt Du ja auch viel niedriger bieten, als es verständig ist und ausgerechnet werden kann, und so wird es kommen, daß schließlich auch da die Moral der selben Unternehmer leiden wird; denn schließlich, wenn es sich handelt um den Kampf ums Dasein, so gehen auch die besten Grundzüge verloren.“

Wenn doch Herr **Fellisch** nur den „solchen“ Unternehmer aus dem Spiele lassen möchte! Tatsächlich ist es auch bei solchen Unternehmern, die zu durchaus günstigen Bedingungen einen Bau übernehmen, die Regel, es an rücksichtsloser Ausbeutung nicht fehlen zu lassen. Fast immer sind auch sie auf möglichst billige Arbeitskraft bedacht; auch sie tragen kein Bedenken, ausländische Arbeiter, die mit den elendesten Löhnen vorlieb nehmen, einzustellen. Wie sehr auch die Zünftler und sonstigen Mittelstandsreiter eifern gegen die Schäden des Submissionswesens — sie tun das immer nur unter dem Gesichtspunkte der Unternehmerinteressen, während sie gegen die berechtigten Interessen der Arbeiter anständig sich auflehnen.

Die Stellung der baugewerblichen Arbeiter zu der Frage des Submissionswesens hat der zweite deutsche Bauarbeiterkongress zu Berlin 1903 scharf und klar zum Ausdruck gebracht. In der beglücklichen einstimmig angenommenen Resolution wird gefordert, daß, soweit das Submissionswesen sich zur Zeit noch nicht umgekehrt läßt, die Behörden verpflichtet sind, in die Submissionsbedingungen folgende Klausel aufzunehmen und zur Geltung zu bringen:

„Der Unternehmer ist verpflichtet, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau inne zu halten; oder, wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als **rechtmäßig** für sich anzuerkennen.“

Diese Klausel würde bei mit einem Druck auf die Löhne rechnende Unterbietung bei Submissionen wesentlich mit verhindern. Aber von einer Reform in dieser Richtung wollen die Zünftler und Mittelstandsreiter nichts wissen. Und **Bescherden**, die von den Arbeitern um Aufnahme der Klausel in die Submissionsbedingungen angegangen wurden, haben sich nicht entbunden, zu erklären: sie klammern nur die vereinbarte Ausführung des Baues selbst; in das Verhältnis des Unternehmers zu „seinen“ Arbeitern hätten sie sich nicht hineinmischen; da hegte der „freie Arbeitsvertrag“, und was der menschlichen Ausfüchte mehr sind.

Prinzipiell fordert die Arbeiterschaft die Beseitigung des Submissionswesens und die Einführung der Regierbarkeit. Speziell im Bauwesen sind die Verhältnisse der Submissionsarbeit am schlechtesten und gründlichsten durch den Regiebau zu beseitigen. Zu dieser Maßnahme jedoch wollen die Behörden sich nicht verstehen. Der Berliner Magistrat antwortete vor einigen Jahren auf eine Petition der baugewerblichen Arbeiter, die diese Reform forderten, der städtische Regiebau würde der Anfang vom sozialdemokratischen Zukunftsstaat sein!!!

Wie die Dinge liegen, können die baugewerblichen Arbeiter den Schäden des Submissionswesens nur begegnen durch die Macht ihrer Organisation. Bei der „Reform“ im Sinne der Zünftler und Mittelstandspolitiker wird für sie nichts herauskommen.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. **Zug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:**

Deutschland:

Schleswig-Holstein:
Freest (teilweise Aussperrung), **Stefnbek b. Hamburg** (Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter ausgesperrt), **Segeberg** (Streik);

Mecklenburg:
Grabow (Streik der Maurer und Zimmerer), **Güstrow** (Sperre über den Bau des Rentiers Mertens (Regiebau) wegen Altkordarbeit), **Schwern** (Sperre über Ford, Stange), **Neustrelitz** (Sperre über den Unternehmer Rätz), **Woldgk** (Differenzen);

Pommern:
Insel Rügen, Franzburg-Richtenberg, Anklam-Lübbücherow-Lassan (Streik);

Prov. Brandenburg:
Ketzin a. d. H. (Streik), **Rathenow** (Differenzen, Unternehmer drohen mit Aussperrung und Heranschaffung von Italienern), **Driesen** (Streik), **Wannsee** (Streik);

Ost- u. Westpreussen:
Lützen, Pollychen und Tapiau (Differenzen), **Podgarg** (Sperre über die Lewinschen Ziegeleien in Rudak), **Königsberg** (Aussperrung der Bauarbeiter);

Prov. Posen:
Bromberg (Differenzen);

Schlesien:
Breslau (Sperre über Baumgart wegen Maßregelung), **Brieg** (Sperre über die Ziegelei von Pietzuch), **Kreuzburg** (Streik);

Prov. Sachsen und Anhalt:
Barby (Aussperrung der Maurer), **Magdeburg** (Sperre über Wille, früher Drube & Engelmann), **Trebitz** (Sperre über die Bauten des Unternehmers Elbner in Schnellin), **Zerbst** (Streik), **Stendal** (Differenzen);

Thüringen:
Coburg (Sperre über den Unternehmer Eisermann aus Cöln);

Königr. Sachsen:
Leipzig (Sperren über die Bahnhofsbauten der Unternehmer Risse & Lingsloben aus Halle, Berndt aus Dresden und Daniel Marin aus Spillimbergo (Udine));

Bayern:
Nürnberg (Sperre über den Unternehmer Kapp);

Rheinprovinz:
Wermelskirchen (Sperre über Hussels), **Düsseldorf** (Zimmererstreik), **Cöln** (Sperre über den Fabrikbau Leverkus);

Bremen:
Bremen (Differenzen), **Bremerhaven-Göestemünde-Lehe** (Aussperrung);

Hannover:
Aurich (Streik), **Emden** (Differenzen), **Einbeck** (Maurerstreik), **Hannover** (Differenzen), **Ebstorf** (Streik);

Gr. Oldenburg:
Wildeshansen (Sperre über Hollmann), **Oldenburg** (Differenzen), **Nordenham** (Differenzen);

Braunschweig:
Hesson (Sperre über den Unternehmer Hundertmark);

Ausland:

Oesterreich:
Wien, Linz, Reichenberg, Salzburg, Teplitz, Triest und **Zara** (Differenzen. Maurer und Bauarbeiter mögen die Orte meiden);

Ungarn:
Ada, Bekeschaba, Bönyhad, Gross-Kanizsa, Kaposvar, Mako, Oroshaza und Veszprim (Differenzen), **Budapest** (Streik der Plattenleger- und Ansetzer und Zementarbeiter);

Wir beschäftigen in der Folgezeit unter einer besonderen Rubrik alle Erfolge der Lohnbewegung und die Abschließung resp. Verlängerung von Arbeitsverträgen zu registrieren. Die **Gauvorstände** werden daher ersucht, uns über die bezeichneten Vorgänge auf dem Laufenden zu halten und unter genauer Angabe des Erreichten ein Exemplar der neu abgeschlossenen Verträge und ebenfalls von den ohne Änderung verlängerten Verträgen einzusenden.

In **Bremerhaven-Göestemünde-Lehe** sind die Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter am Tage vor Ostern ausgesperrt worden. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen luden die Unternehmer Maurer heranzuziehen. So fand am 1. April, also am Tage vor der von den Unternehmern schon längst geplanten Aussperrung, im „Hilfsbüchse Generalanzeiger“ folgende Annonce:

Gesucht, 100 Maurer auf sofort.

Rein Streit am Orte.

Arbeits-Nachweis für das Baugewerbe, Bremerhaven, Mittelstraße 4.
Solche Annoncen werden wohl in den Zeitungen der betreffenden Städte gestanden haben und noch stehen. Unsere Kollegen mögen ein wachsames Auge darauf haben und für strenge Fernhaltung des Zugangs Sorge tragen.

In **Ossen**, einem kleinen Dörfchen im Herzogtum Braunschweig, hat Herr **Heinrich Hundertmark**, seines Zeichens Bauunternehmer, die bei ihm beschäftigten Maurer wegen Zugehörigkeit zum Verband ausgesperrt. Hundertmark hatte wohl gehofft, seine Maurer würden sofort seinem Willen folgen und ihn künftighin zu weiterer Beschäftigung bitten. Darin hatte er sich aber sehr geirrt. Unsere Kollegen blieben ihrer Organisation treu und zogen von dannen, um in der Umgegend Arbeit und Brot zu suchen und zu finden. Andererseits ist auch der „hohe“ Lohn von 26 $\frac{1}{2}$ gerade nicht vornehm, um „Arbeitswillige“ nach Ossen zu locken. So ist Herr Hundertmark sehr in die Klemme geraten, und, um seinem Scherzgeiz Luft zu machen, ist er einen Schritt weiter im Terrorismus gegangen. Er hat es burdäselig, daß er von ihm ausgesperrten und in der näheren Umgegend beschäftigten Maurern am 26. März wieder entlassen wurden. Ferner wurden zwei auf dem Amt in Ossen arbeitende und dort seinem finanziell abhängigen Maurer gezungen, aus dem Verband auszutreten und bei Hundertmark die Arbeit aufzunehmen. Durch diese Vorkantlerung denkt man die Aussperrten müde zu machen. Stofflich gelangt dieser Plan nicht. Unsere Kollegen werden den Mut haben, etwas weiter über die Grenzen von Ossen hinaus zu gehen, damit der „lange“ Arm Hundertmarks sie nicht fassen kann. Schließlich kann dem Hundertmark die Geschichte noch einige Tausend Mark kosten.

In **Lage**, einem Städtchen im Fürstentum Lippe, sind die Mitglieder des Christlichen Bauhandwerkerbundes von den Unternehmern ausgesperrt worden. Die Maurer hatten den Unternehmern die Bitte unterbreitet, den Stundenlohn von 32 auf 35 $\frac{1}{2}$ zu erhöhen und regelmäßig vierzehntägige Lohnzahlung einzuführen. Darauf haben die Unternehmer geantwortet: „Wir unterzeichneten Maurermeister von Lage eintem Ihnen hierdurch mit, daß wir vom 1. März an keine Mitglieder des Christlichen Bauhandwerkerbundes mehr beschäftigen werden.“ Hinterher haben die Unternehmer versprochen, nach 1 bis 2 $\frac{1}{2}$ mehr als die Maurer verlangen zu zahlen, wenn sie ihrer Organisation, den Mäkten lehrten. Als die Maurer dies Anbieten ablehnten, wurden sie am 14. März ausgesperrt. Für ihr Vorgehen haben sich die Herren vom Bau eine ganz eigenartige Begründung zurechtgelegt. Sie wollen natürlich nur das Best der irrez geführten Arbeiter und sie argumentieren wie folgt: Durch die Zugehörigkeit zur Organisation werden von jedem Mitgliede jährlich über \mathcal{M} 10 nach Berlin geschickt, davon haben die Maurer keinen Vorteil, aber Lage wird jährlich um 10 und so viel nach \mathcal{M} 10 ärmer. — Nicht wahr, schau mal man sein! Man entsetzt aber die merkwürdige Begebenheit, daß die so christlich gewonnenen Maurer in Lage ihren Gehalt gewiß ebenso christlichen Meistern gar keinen Gehalt zahlen. Ja, die christlichen Maurer sind frohob genug, zu behaupten, ihre christlichen Vorherren wären deshalb gegen die Organisation, weil sie möglichst viele gestungen werden könnten, jedem Maurer pro Jahr an \mathcal{M} 80 mehr zahlen zu müssen. Wir in unserem Autoritätsglauben neigen allerdings der Meinung zu, daß die Herren Meister nur das Wohl „ihrer“ Arbeiter im Auge haben.

Von **Cöln** aus ist über den Fabrikbau in **Speyer** Kapp, Unternehmer **Schmidt**, die Sperre verhängt worden. 30 Kollegen legten die Arbeit nieder, weil der Poller verdrückte, so nach und nach die Verbandsmittelglieder zu maßregeln.

In **Frankfurt a. M.** wurde über den Unternehmer **Kapp** die Sperre verhängt, weil er nur 44 $\frac{1}{2}$ Stundenlohn zahlte. 17 Kollegen legten die Arbeit nieder. In diesem Falle hat sogar der Vorstand des Unternehmerbundes den Maurern Recht gegeben.

Wegen fortgesetzter Lohnrückerei wurde über den Unternehmer **Kapp** in **Münsterberg** die Sperre verhängt. Sieben Maurer und zwei Steinhauer legten die Arbeit nieder. Ein

„Krische“ und ein unorganisierte Maurer „leben bei der Arbeit.“

In Kreuzburg, Oberschlesien, scheinen die Unternehmer zu der Einsicht gekommen zu sein, daß es mit der Ehre der Verbandsmitglieder nicht länger vereinbar ist, für 17 1/2 Stundenlohn zu arbeiten. Diese Einsicht ist ja sehr loblich, nur schämen die Herren Meister einen dergleichen Weg ein, um Abhilfe zu schaffen. Anstatt freiwillig den Lohn zu erhöhen, wie es nur recht und billig wäre, haben sie die Vorstandsmitglieder unseres Zweigvereins gemahnet. Sie sind wohl der Meinung, daß sie dadurch einer Lohnbewegung aus dem Wege gehen könnten. Das ist aber wieder verkehrt gedacht; denn die Kreuzburger Maurer werden nach den Feiertagen die Arbeit nicht wieder zu den alten Bedingungen aufnehmen. Sogleich bleiben die Kollegen fest und zeigen, daß auch in ihnen die Menschennatur erwacht ist.

Einen schönen Erfolg erzielten die Breslauer Kollegen mit der Sperrung der Unternehmer Kipke. Aber bei Poller-Bastinger am Bau Parfstrasse waren schon seit längerer Zeit Klagen im Umlauf, daß er durch Verletzung der Bauplan die Arbeitszeit verlängere und daneben ungebührlich antreibe, als dann der Bevollmächtigte des Zweigvereins am Bau erschien, um die Abstellung der Mißstände zu veranlassen, antwortete der Poller mit der Mahnung eines Verbandskollegen und mit Schmähereien auf den Verband. Daraufhin legten alle Maurer und Bauarbeiter die Arbeit nieder. Bereits nach zwei Stunden wollte der Poller den Gemahnten wieder zwingen. Damit waren aber die Streikenden nicht zufrieden, sondern sie verlangten die Entlassung des Pollers. Kipke und ein Poller-Bastinger beschloßen es nun zunächst mit Maschinenwägern (Biegeltransport), acht Schritten und drei „arbeitswilligen“ Gesellen. Aber auch damit kamen sie nicht weit, denn nun legten auch ein anderer Baueile Kipke die Maurer und Arbeiter die Arbeit nieder. Am Sonnabend erschienen die beiden Poller Kipke als seine Vertreter in dem Verbandsbureau und erließen am Verhandlungen. Am Montag früh konnten sämtliche vorher beschäftigten Maurer und Bauarbeiter wieder anfangen. Der Poller-Bastinger und die „Arbeitswilligen“ waren entlassen worden.

In Königberg i. Pr. sind die Bauhilfsarbeiter ausgehert worden. Die Mehrzahl der Maurer dürfte dadurch arbeitslos geworden sein. Die Unternehmer haben es auch bestimmt auf die Lohnbewegung der Maurerbewegung abgesehen. Als vor zwei Jahren die Maurer streikten, sprach ihnen das Einigungsamt des Gewerbegerichts für das Jahr 1904 55 1/2 Stundenlohn zu. Diesen Spießspruch haben die Unternehmer nicht anerkannt, es kam aber eine Einigung über 50 1/2 für 1903. Damit haben die Maurer natürlich nicht auf ihre Forderung von 55 1/2 für dies Jahr verzichtet. Aber die Geldmangel dieser Forderung glauben die Unternehmer mit der Ausperrung der Arbeiter verbinden zu können. Dieser Schlag ist auch schon lange vorbereitet worden. Während früher, wie in den meisten Großstädten üblich, im Winter bei zwei Grad Kälte nicht mehr gemauert wurde, hat hier im letzten Winter die Polizeibehörde die Grenze bis auf vier Grad hinaufgesetzt. Dabei haben es die meisten Unternehmer aber nicht bewenden lassen, sondern sie haben bei sieben und acht, einige sogar bei zehn Grad Kälte noch mauern lassen. Die Bauten mußten unter Dach, um halbwegs trocken zu überstehen zu können. Die „Trockenzeit“ ist denn auch für recht viele Bauten erreicht worden, trotzdem der Winter in Ostpreußen gerade nicht gelinde war. Durch diese ungewöhnliche Kältezeit im Winter ist die Arbeitsgelegenheit im Frühjahr natürlich bedeutend verschlechtert worden. Und die Unternehmer haben auch recht prozig die Verhandlungen um einen verbesserten Lohnsatz mit den Maurern abgelehnt. Als nun die Bauarbeiter einige Sperren verhängten, um ihren noch sehr niedrigen Lohn zu erhöhen, wurden sie ausgehert. Den Maurern hat man gesagt, sie könnten sich selbst Material holen, was sie natürlich nicht tun werden.

In Dresden ist infolge einer Aenderung der Lage eingetreten, als zwei weitere Unternehmer die Forderung unterschätzten anerkannt haben. Die beiden größten Firmen verhalten sich noch ablehnend.

Im Wohngebiet Wannsee wird es infolge der ablehnenden Haltung der Unternehmer wahrscheinlich in dieser Woche zum Streik kommen. — Die großen Differenzen bestehen im Wohngebiet Trebbin, die wohl auch in der nächsten Zeit zum Streik führen werden.

Die Mathenower Unternehmer scheinen den Rückzug angetreten zu haben. Dem Vorhaben unseres Zweigvereins wurde in einem Schreiben zum „Arbeitsgeruch“ mitgeteilt, daß es jedem Unternehmer freigestellt sei, welchen Lohn er bezahlen wolle. Gleichseitig haben fast sämtliche Unternehmer den bei ihnen beschäftigten Maurern Befehl gemacht, nach dem 1. April 42—43 1/2 Stundenlohn zu zahlen zu wollen. Unsere Kollegen beschließen darauf, daß die Arbeitsbedingungen vertraglich festgelegt werden. — Am Samstag ist dem Unternehmer P. L. H. durch den Agenten Petri eine halbe Million Kolonne von 11 Mann zugeführt worden. Als diese am Sonnabend am Gerichtsgebäude die Arbeit aufnehmen wollten, verließen unsere Mitglieder, 27 Mann, den Bau. In einer am Abend desselben Tages abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, den Bau des Gerichtsgebäudes bis zur Entfernung der Italiener zu sperren. Gleichzeitig wurde die Lohnkommission beauftragt, den Unternehmern einen Vertragsentwurf vorzulegen, und in dieser Woche über die Antwort der Unternehmer zu berichten. — Dann soll endgültig Stellung zu der Lohnbewegung genommen werden.

In Warth, wo die organisierten Maurer und Zimmerer seit Beginn des vorigen Sommers ausgehert sind, scheint sich die Lage etwas zu Gunsten der Kollegen zu ändern. Die Arbeit wird etwas dränger, auch wird es möglich sein, den Zugang unorganisierter Arbeiter in diesem Frühjahr mehr als bisher zurückhalten zu können. Den hauptsächlichsten Widerstand leistet noch immer der Unternehmer Frige.

In Ulfkum haben unsere Kollegen schon vor Ostern die Arbeit niedergelegt. Am Streik sind beteiligt 6 Poliere und 103 Gesellen, 40 Arbeiter sind in Mittelbeschäftigung gezogen. Neben 33 Lehrlingen sind 8 Gesellen in Arbeit geblieben. Einige Unternehmer haben durchblicken lassen, daß der „Arbeitsgeruch“ zu Unterhandlungen geneigt ist. Zum Streikgebiet gehören außer Ulfkum B. B. B., D. C. u. r. o. w. und L. a. n. a. — Zu der Notiz in der vorigen Nummer wird uns bezüglich mitgeteilt, daß die Maurer bereit waren, das Angebot der Unternehmer: 35 1/2 Stundenlohn und 10 1/2 stündige Arbeitszeit, zu akzeptieren. Die Einigung scheiterte daran, daß die Unternehmer die Arbeitszeit bei Landarbeit auf elf Stunden

festgesetzt wissen wollten, ohne für diese Mehrarbeit bezahlen zu wollen.

Von den im Wohnbezirk Rüdtenberg-Franzburg beschäftigten 3 Polieren und 66 Gesellen hat sich keiner dem Streik angeschlossen. Der Unternehmer Mariens hat der Streikkommission mitgeteilt, daß er vom 10. April an 34 1/2 Stundenlohn zahlen, sich aber auf die Verärgerung der Arbeitszeit und mehrere Aenderungen der Arbeitsbedingungen nicht einlassen will. Zehntstündige Arbeitszeit und 85 1/2 werden gefordert; gegen 10 1/2 Stunden und 82 1/2 bisher.

Auf der Insel Hagen kommen vom Zweigverein Bergen 182 Gesellen und 12 Poliere für den Streik in Betracht, davon sind 120 1/2 Gesellen und zwei Poliere, die dem Verband nicht angehören, als „Arbeitswillige“ in Arbeit geblieben. In diese Aufstellung sind die vom Zweigverein G. a. r. z. angehörenden Mitglieder nicht einbezogen. Die Streikbrecher arbeiten bei dem Unternehmer Galtz in Grampas.

Aus Grabow i. Meckl. wird berichtet, daß die Unternehmer mit dem Zugang von Italienern drohen. In den ersten Tagen nach Ostern soll ein Trupp von 30—40 Mann aus Halle a. d. S. kommen.

Die Kollegen in Segeberg (Holstein) fordern 45 1/2 Stundenlohn, die Unternehmer haben aber nur 42 1/2 geboten und weitere Verhandlungen abgelehnt. Am Donnerstag haben unsere Kollegen den Streik beschlossen, welcher Beschluß wahrscheinlich diese Woche zur Ausführung kommt.

Unsere Brecher Innungsmeister streben nach Vermittlung, und um recht weit bekannt zu werden, sind sie unter die Terroristen gegangen. Im Monat Januar haben die Brecher Maurer und Zimmerer durch den Gesellenausfluß die Abänderung des Lohnsatzes beantragt; namentlich sollte die Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt und der Stundenlohn von 45 auf 50 1/2 erhöht werden. Auch die Tariffrage für das Landgebiet sollten eine Neuregelung erfahren. Die Verhandlungen haben sich aber zerlegt, und die Angelegenheit ist bisher in der Schwebe geblieben. Die Innung verlangte noch insbesondere, die Gesellen sollten den bisherigen Tarif auf weitere zwei Jahre anerkennen.

Nun liegt Brech nicht allzuweit von Kiel, und einige Brecher Maurer und Zimmerer, halb mehr, halb weniger, haben wohl immer in Kiel gearbeitet. Das ist ihr gutes Recht. Aber den Brecher Innungsmeistern paßt dies zur Zeit gar nicht. Obwohl sie sich sonst den Teufel darum kümmern, wo die Brecher Arbeiter zu Lohn und Brot kommen, haben sie jetzt solche Schwärze nach den Brecher Maurern und Zimmerern, daß sich der Innungsvorstand flugs auf die Sohlen setzte und folgendes Schreiben an die Kieler Unternehmer richtete:

Brech, den 15. März 1904.
Gehrier Herr Kollege!

Zwischen der hiesigen Bauwerkseinnung und den Maurer- und Zimmerer-Gesellen ist es zu Lohnhöhen gekommen. Der mit den Gesellen vereinbarte Lohnvertrag ist mit dem heutigen Tage abgelaufen. Ein neuer Vertrag war nicht zu Stande zu bringen, da die Gesellen Forderungen stellten, welche die Innung nicht bewilligen konnten. Ein allgemeiner Streik ist nicht ausgedroht, sondern die Gesellen arbeiten bereit nach dem alten Lohnsatz, weiter, um natürlich bei besserer Gelegenheit mit ihren Forderungen wieder hervorzutreten. Um diesem für die Innungsmittglieder unsicheren Zustand möglichst bald ein Ende zu bereiten und die Gesellen zur Schließung eines annehmbaren Lohnvertrages zu veranlassen, richtet die Innung an Sie die Bitte, keine Brecher Maurer und Zimmerer einzustellen und die bereits eingestellten wieder zu entlassen. Ein Verzeichnis der hiesigen Maurer und Zimmerer liegt bei. Der Innungsvorstand.
F. Mederborck.

Einige der Kieler Unternehmer haben diesen Wunsch ihrer Brecher Kollegen auch schon entprochen. Wie in einer am 28. März abgehaltenen Versammlung der Maurer und Zimmerer berichtet wurde, sind am vorhergehenden Sonnabend von den in Brech anwesigen Arbeitern sieben Maurer und drei Zimmerer in Kiel auf Grund der schwarzen Listen entlassen worden. In Brech selbst haben bisher keine Entlassungen stattgefunden. Es scheint also zunächst nur auf die auswärts arbeitenden Maurer und Zimmerer abgesehen zu sein. Die Versammlung nahm zu dieser Kampfesweise der Unternehmer zunächst eine abwartende Stellung ein. Man will die weitere Wirkung der schwarzen Listen abwarten.

In Hamburg arbeitet das Nachweiskbureau der Bauwerkseinnung ebenfalls nach „berühmten“ Mustern. B. W. wurde in der verflochtenen Woche ein junger zugereister Kollege von dem Unternehmer G. R. I. n. d. l. e. r in Arbeit gestellt, unter der Bedingung, seine Personalsachen mit dem Bureau der Innung aufzugeben. Wie nun der Kollege auf Innungsbureau kommt, wird ihm zunächst die Frage vorgelegt, in welchem Orte er zuletzt in Arbeit gestanden habe. Als Bremer haben genannt wurde, wurde dem Arbeitsuchenden die Versicherung von Meister Rindler sofort mit dem Bemerkern, abgenommen. „Leute aus Bremer haben werden in G. a. m. b. u. r. g. n. i. d. t. e. i. n. g. e. l. l. e. t.“ Hierbei ist zu beachten, daß der vom Innungsbureau abgemietete Kollege wohl zuletzt in Bremer haben gearbeitet hatte, aber schon im Herbst 1903 von dort abgereist ist und seitdem in Meddenburg bei seinen Eltern in der Landwirtschaft mit tätig war. Weil aber augenblicklich in Bremer haben zwischen den Unternehmern und den bauwerkseinnung Arbeitern Differenzen bestehen — die Ausperrung war noch nicht perfekt —, wollen die Hamburger Innungsmitglieder Leute, die vor langer Zeit einmal in Bremer haben gearbeitet haben, an ihrem Fortkommen hindern. Nun, auch den Hamburger Innungsmeistern werden ihre Maßregelungsgefesse noch ausgetrieben werden. Die Arbeiter werden es ihnen schon mit Zinsen heimzahlen.

In Schiffte-Steinbek haben geringfügige Differenzen zur Ausperrung der Maurer, Zimmerer und Arbeiter geführt. Den Hamburger Tarif haben die Unternehmer anerkannt, sie wollen ihn aber erst mit dem 1. April an zu den neuen Bedingungen arbeiten wollen. Schließlich waren die Parteien sich gegenseitig soweit entgegengestanden, daß die Arbeiter den 15. August und die Unternehmer den 12. September als Einigungsstermin bestimmten. Und dieser kleinen Differenz wegen kam es zur Ausperrung.

Behauptung des Verbandsvorstandes.

Krankenunterstützung.

Aut Beschluß des Verbandstages zu Berlin 1903 wird vom 1. März d. J. an Unterstützung in Krankheitsfällen gemäß: Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt durch die Zweigvereine auf Anweisung des Verbandsvorstandes.

Für die Erledigung der Geschäfte ist folgendes zu beachten:

1. Anträge auf Krankenunterstützung haben die einzelnen Mitglieder nicht direkt an den Verbandsvorstand, sondern an den Vorstand ihres Zweigvereins zu richten.

2. Die Zweigvereinsvorstände haben die Anträge zu prüfen und festzustellen, ob eine Unterstützungsberechtigung vorliegt, d. h. ob das betreffende Mitglied:

a) dem Verbandszuge Jahre angehört und mindestens 80 Wochenbeiträge gezahlt hat;

b) von einer Krankenkasse Unterstützung bezieht oder, im Falle es einer Krankenkasse nicht angehört, seine Erwerbsumfähigkeit durch ärztliches Attest nachweisen kann;

c) seine Verbandsbeiträge voll bezahlt hat, und

d) ob seit Beginn der Krankheit sieben Tage versichert sind.

3. Ist die Berechtigung zur Unterstützung festgestellt, dann ist dem Verbandsvorstand das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Krankheit zuzusenden. Das Mitgliedsbuch muß in Ordnung, die laufenden Beiträge bis zur letzten Woche gezahlt und die Bescheinigung muß von der Krankenkasse oder dem Arzt ausgehelt sein.

4. Nach Zufendung der unter 3 genannten Ausweise setzt der Verbandsvorstand die Höhe der Unterstützung fest und erteilt die Zahlungsanweisung. Ohne eine solche Anweisung darf Unterstützung nicht gezahlt werden.

5. Erkrankte Mitglieder, welche vom Verband Unterstützung erhalten, sind nicht beurlaubt. Der Beitrag ist von der Unterstützung in Abzug zu bringen.

Die Abrechnung

für das erste Quartal ist bis zum 15. April einzusenden. Beizahlen sind:

a) die im ersten Quartal benutzten Aufnahmestellen;

b) die Reiseunterstützungs-Auszahlungsslisten;

c) ein Verzeichnis derjenigen Mitglieder, die vom 1. März an Krankenunterstützung erhalten, und die Krankenunterstützungs-Quittungen.

Reiseunterstützung.

Winter-Reiseunterstützung (§ 28 des Statuts) darf vom 31. März an nicht mehr ausgezahlt werden. Dagegen erhalten vom 1. März an bis zum 30. November solche Mitglieder Reiseunterstützung, die an Streiks beteiligt sind und von Streikorte abreisen, sofern sie sich im Besitze einer Reiselegitimationskarte befinden und sich außerdem durch Verbandsbuch und Streikkarte legitimieren können.

Die Reise-Legitimationskarten sind nach 14 Tagen, dem Tage der Ausstellung an gerechnet, ungültig.

Die Höhe der Unterstützung beträgt M. 1,50 pro Tag und darf in nicht mehr als sechs Raten an ein und dasselbe Mitglied ausgezahlt werden.

Die Unterstützung wird ausgezahlt in allen Zweigvereinen, die sich in Orten mit mindestens 5000 Einwohnern befinden und über 50 km vom Streikorte entfernt liegen, und zwar in Großstädten (Orte mit über 100 000 Einwohnern) zweimal, in allen anderen Orten nur einmal.

Vom Verbandsvorstande bestätigt

ist der Vorstand des neugegründeten Zweigvereins Moth a. Sand.

Als verloren gemeldet

ist das Mitgliedsbuch des Kollegen Wilhelm Krause-Paaren, (Buch-Nr. 93 321).

Ausgeschlossen

ist auf Grund § 36 b des Statuts vom Zweigverein Berlin (Zahlstelle Gr. Richterfelde) Friedrich Wehls (Buch-Nr. 3133).

NB. Die Namen berentigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Sterbegeld

Ist in der Zeit vom 28. März bis 2. April begahlt worden für nachstehend verzeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: Geirr. Maibach-Franfurt a. M. Buch-Nr. 29 260; W. Gerspach-Mannheim (Frau), 88 020; Herm. Wielandt-Spandau (Frau), 101 657; Aug. Watten-Rastenburg, Ostpr., 95 956; Johann Lange-Braunschweig, 12 089; Otto Peters-Dortmund, 80 358; W. Schwabwint-Königsberg i. Pr. (Frau), 80 676; Friedr. Diez-Weichau, 83 115; Christ. Kralc-Braunschweig, 12 188; Fritz Hünze-Berlin, 125 144; Herm. Lobling-Berlin (Frau), 88 91; Friedr. Aufhaus-Königsberg (Frau), 80 649; Herm. Kunze-Dresden (Frau), 19 800; Aug. Steiner-Bremerhaven, 115 897; Konr. Fröhlicher-Wahrenau, 52 880.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einfindung der Mitgliedsbücher des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. seiner Ehefrau sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder

der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Der Verbandsvorstand.

In der Zeit vom 29. März bis 2. April 1904 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.

Von den Zweigvereinen in Neubrandenburg M. 80, Obergurg 37,70, Weißburg 3,36, Bremen und Umgegend 800, Bochum 200, Erfurt und Umgegend 150, Schirn 161,05, Pragau 36.

Für Futurale.

Bochum M. 10.
Hamburg, den 2. April 1904.
F. Köhler, Hamburg 5, Brennerstr. 11.

Quittung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind für Anzeigen aus den Zweigvereinen eingegangen:

Januar: Brandenburg M. 0,80, Behnin 0,20, Erfner 0,80, Glogau 0,30, Schmidt 0,30, Wittenberge 1,20, Silben 1,50, Strausberg 0,45, Friedrichshagen 1,20, Wollin 0,15, Delitzsch 2,25, Wittenberg 2,80, Wolbeke 0,55, Halle a. d. S. 1,60, Neubrandenburg 1,25, Pirna 1,20, Jossen 2,10, Liegnitz 1,20, Neubusow 1,80, Glauchau 0,60, Erde 1,80, Cunnernsdorf 0,20, Sintersee 2,40, Meerane 0,75, Zehlendorf 1,75, Fürth 1,80, Mühlheim a. d. Ruhr 1,20, Neudorf 6, Potsdam 2,85, Alt-Schaumburg 2,35, Plauen i. V. 6,90, Gumbinnen 0,30, Wolfenbüttel 3, Meißenfels 1,50, Neuhaus a. d. Elbe 0,20, Dresden 6,15.
Februar: Golbitz M. 0,30, Mühlritz 2,10, Zielentz 0,20, Glogau 0,40, Steglitz 0,45, Bromberg 22,90, Zudenwalde 1,45.
März: Schönlanke M. 2,40, Brandenburg 0,80, Braunschweig 0,60, Glogau 0,20, Ratzenburg 0,60, Pöphen 0,20, Braunsdörf 0,75.

Für Abonnements wurden aus den Zweigvereinen eingekauft von Varen M. L. Lauenburg a. d. E. 0,70.
Allen Anzeigen ist der Preis beigedruckt. Die Zweigvereinskassierer werden freundschaftlich ersucht, die Beträge unaufgefordert einzuliefern. Anzeigen über Zweigvereinsversammlungen werden kostenfrei veröffentlicht.

Die Expedition des „Grundstein“.

Berichte.

Gau Hamburg. (Jahresbericht.) Der allgemeinen Lage im Gauverweir entsprechend, war auch im Gaubezirk Hamburg die Bautätigkeit im Berichtsjahre gut. Auf die Umfrage des Gauvorstandes an die einzelnen Zweigvereine über die Bautätigkeit im verfloffenen Jahre antworteten 6 Vereine: Alt-Nahstedt, Cuxhaven, Iphoe, Lüneburg, Neuenhamme und Köhning, mit sehr gut, in den Bezirken von 32 Vereinen war die Bautätigkeit gut, 10 Vereine beantworteten die Frage mit „mittelmäßig“ und 8 mit „mäßig“. Aus 13 Vereinen lief allerdings eine weniger befriedigende Antwort ein.

Die Angebote von Kapitalisten für hypothekarische Anleihen waren in reichem Maße vorhanden, wodurch sich eine ziemlich animierte Stimmung im Gauverweir, mit den erwünschten Ausnahmen, bemerkbar machte. Außer den benannten sechs Orten, von wo über eine sehr gute Bautätigkeit berichtet wurde, waren es namentlich die größeren Städte: Hamburg, Kiel, Flensburg, Neumünster, Nendeburg, Schleswig, Lüneburg und Uelzen, wo Arbeitsgelegenheit vollaus vorhanden war, so daß die Kollegen in den weniger heinen Orten, wo es an Arbeitsgelegenheit mangelte, leicht in der näheren Umgegend ihres Wohnortes Arbeit fanden. Erfreulicherweise wird auch aus allen diesen Orten, mit Ausnahme von Flensburg und Lüneburg, berichtet, daß für das Jahr 1904 eine günstige Konjunktur zu erwarten ist. Aus Flensburg berichtet der Zweigvereinsvorstand, daß man dort schlechten Zeiten entgegensteht, und in Lüneburg fehlt es bis jetzt an den Unterlagen, um eine bestimmte Ueberzucht zu erlangen.

Die Mitgliederzahl betrug:

Table with 4 columns: Quarter, 1902, 1903, Janahme. Rows 1-4 showing membership numbers and increases.

Die durchschnittliche Mitgliederzahl war 1902: 7691, 1903: 8803.

Dem Gaubezirk gehören 70 Zweigvereine an. In dem die um Hamburg liegenden sechs Vereine: Altona, Steinbe, Stellingen, Nienstedten, Wandsbät und Wilhelmshurg, dem Zweigverein Hamburg auf Grund des § 4a des Statuts angegliedert wurden, hat sich die Zahl der Zweigvereine, trotzdem in Glücksburg, Canderburg, Wenzsen und Ebstorf neue Zweigvereine gegründet wurden, um zwei Vereine vermindert.

Rohrforforderungen wurden in 26 Vereinen gestellt. Zu diesen 26 Vereinsbezirken gehören 128 Orte mit circa 588 Unternehmern und 5928 Mauern. In 20 Vereinen mit 110 Orten, wo circa 490 Unternehmer, die 6419 Stellen beschäftigten, anständig sind, hatte die Lohnbewegung den Erfolg, daß eine Erhöhung des Stundenlohnes erreicht wurde, außerdem wurde in drei Zweigvereinsbezirken: Alt-Nahstedt, Bergedorf und Holtzau, die Arbeitszeit verkürzt. In den Zweigvereinen Wunsbüttelkoog, Gaderleben, Gufum, Kirchwarder und Lüneburg wurde die Forderung als ausserachtlos zurückgelesen. In Dömitz ging der Streik verloren; nach beendetem Lohnkampfe zahlten die Unternehmer jedoch den geforderten 35 1/2-Stundenlohn, eine Verzögerung der Arbeitszeit ist aber nicht eingetreten. In Dömitz wird heute noch im Sommer elf Stunden gearbeitet. Nach langem Kampfe schied sich endlich doch der Sieg auf die Seite unserer Kollegen neigen zu wollen, aber im letzten Augenblick, als die Unternehmer sozusagen müde gemacht waren, boten mehrere von den in der Stadt ansässigen Mauern ihre Arbeitskraft den Unternehmern zu den alten Arbeitsbedingungen an. Die Mehrzahl dieser Wandelmütigen waren vor dem Streik als Kollere oder Kollere-

gesellen beschäftigt, oder die Unternehmer hatten ihnen bezahlende Anordnungen gemacht. Als es zur Entscheidung kommen mußte, wurden diese Leute angestrichelt, daß ihre alten resp. die verprochenen Arbeitsplätze anderweitig besetzt würden, und so für alle Fälle zu sichern, warfen sie die Stirne ins Korn. Der erste dieser „Selben“ war der damalige Vorsitzende Carl Brillow.

In letzteren wurde mit den Unternehmern durch Vertreter der Organisation wegen Abschaffung einiger Mißstände verhandelt, was zu einem günstigen Resultat für die Kollegen führte.

Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen in allen Zweigvereinsbezirken mit Lohnbewegung ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich. In Hamburg ist zu bemerken, daß im Berichtsjahre bei den meisten Unternehmern, die der Zinnung nicht angehören, mehr Stunden, bei den Zinnungsmellern dagegen 1/2 Stunden gearbeitet wurde. Der Stundenlohn von 70 1/2 wurde aber auch von einer Reihe von Zinnungsmellern gezahlt. Vom 16. März 1904 an sollen die von der Zinnung zugestandenen Arbeitsbedingungen: 9 Stunden und 70 1/2, allgemeine Geltung haben.

Table with 7 columns: Name des Zweigvereins, Zahl der am Berichtsjahre geborenen Kollere, Unternehmer, Maurer, Lohn pro Stunde, Zahl der Arbeitsstellen im Sommer, Lohn pro Stunde, Zahl der Arbeitsstellen im Sommer. Lists various districts and their statistics.

Außer den in der Tabelle angeführten Zweigvereinen kam es in Kiel und Flensburg zu Bauarbeiten. In Kiel wurden drei Sperren verhängt wegen Verstoßes gegen den Lohn- und Arbeitsvertrag. In Flensburg kam es zur Sperre wegen schlechter Behandlung seitens des Unternehmers. Wie vier Sperren verliefen zu Gunsten unserer Kollegen.

Der Streik in Apenrade war eigentlich eine Folge der Bewegung der Handlanger, die im Verband der Fabrik- und gewerblichen Hilfsarbeiter organisiert sind. Die Arbeiter hatten Forderungen eingereicht, wodurch es zur ArbeitsEinstellung kam. Die Maurer unternahmen nun einen Sympathiestreik, um die Hilfsarbeiter zu unterstützen. Die Zweigvereinstellung verleihe das Streikreglement hierbei in der größtmöglichen Weise, indem die Arbeit eingestellt wurde, ohne den Verbandsvorstand oder den Gauvorstand hiervon zu benachrichtigen. In dem von gefandten Bericht wurde die Sache so dargestellt, als wenn die Kollegen in Apenrade in Mitleidenschaft gezogen worden wären. Nachträglich wurde festgestellt, daß die ArbeitsEinstellung lediglich zu Gunsten der Hilfsarbeiter unternommen worden war. Nach erfolgter ArbeitsEinstellung wurde dann von unseren Kollegen eine Rohforforderung von 5 1/2 pro Stunde gestellt, und die Unternehmer boten nach kurzem Verhandlungen eine Erhöhung von 40 auf 42 1/2. Dies Angebot führte auch zur Einigung. — Der Vorsitzende des Zweigvereins Apenrade hat später, gelegentlich seiner Anwesenheit in Binnberg, auch versucht, die Binnberger Kollegen für einen Sympathiestreik zu Gunsten der Hilfsarbeiter zu begeistern.

In Binnberg hatten die Maurer und Zimmerer gemeinschaftlich eine Rohforforderung eingereicht. Durch Verhandlungen der Rohkommission mit dem Zinnungsvorstand wurde eine Erhöhung des Stundenlohnes von 2 1/2 von 48 auf 50 1/2 vereinbart. Die Hilfsarbeiter hatten sich um diese Vorgänge nicht bestimmt. Als dann aber im Frühling für die Maurer und Zimmerer der höhere Lohn in Kraft treten sollte, da legten die im Fabrikarbeiterverband organisierten Handlanger plötzlich, ohne mit den Mauern verhandelt zu haben, die Arbeit nieder und verlangten eine Lohnerhöhung von 7 1/2 pro Stunde. Die Unternehmer wollten einen Teil der Rohforforderung im Berichtsjahre und die Gesamforforderung im nächsten Jahre bewilligen. Aber die streikenden Hilfsarbeiter bestanden darauf, daß die gesamte Forderung sofort bewilligt werden sollte. Als es den Unternehmern gelang, einigen Ersatz für die Streikenden zu bekommen, wurde von den Mauern verlangt, sie sollten in einen Sympathiestreik eintreten. Unsere Binnberger Kollegen zeigten hierfür auf sehr viele Weisungen, namentlich weil die Fabrikarbeiter den Unfug trieben, die weiterarbeitenden Maurer als Streikbrecher hinzustellen. Ueber den Sympathiestreik bejaht unser Statut, daß solche nur auf Antrag und nach Genehmigung der Zentralvorstände erklärt werden können. Der Zentralvorstand des Fabrikarbeiterverbandes habe also bei unserem Verbandsvorstand den Antrag zu stellen gehabt, wenn: von der Notwendigkeit des Sympathiestreiks überzeugt gewesen wäre. Obwohl von dieser Ordnung die Streikenden sowohl wie der Gauvorstand in Kenntnis gesetzt worden sind, ist ihrerseits nichts getan

worden, um den ihnen gewiesenen Weg zu beschreiten. Die Binnberger Fabrikarbeiterorganisation hat sich diesem ungenügend gefügt, über unsere Kollegen den Posten zu verhängen. Wie weit die ganz grundlose Ungerechtigkeit der Hilfsarbeiter ging, zeigt folgender Vorfall. Unser Binnberger Zweigverein hatte sich eine neue Fahne angeschafft und wollte, wie allgemein üblich, bei dieser Gelegenheit ein Fest, die sogenannte Fahnenweihe, arrangieren. Zu diesem Fest wurden die übrigen Vereine freundschaftlich eingeladen. Aber auf Veranlassung der Fabrikarbeiter beschloß eine Verammlung, daß kein gemeinschaftlich oder politisch organisierter Arbeiter das Fest der Maurer besuchen dürfe. Die Fabrikarbeiter hatten sogar Posten am Tage des Festes aufgestellt, um zu kontrollieren, wer trotz des Beschlusses die Fahnenweihe der Maurer besuche werde. Während der Festrede wurde durch die offenfehenden Fenster wiederholt das Wort „Streikbrecher“ in den Saal hineingehüllt. Und dieser schimpfliche Unfug wurde nur deshalb verübt, weil unsere Kollegen die Bestimmungen unseres Statuts hochhielten.

In ähnlicher Weise wie in Binnberg kamen auch die Kollegen in Lüneburg mit den Hilfsarbeitern in Konflikt. Hier wurde von den Bauarbeitern, Mauern und Zimmerern eine Rohforforderung eingereicht. Sie wurde von den Unternehmern kurz abgelehnt. Nach eingehender Beratung kamen die Maurer und Zimmerer zu dem Schluß, vorläufig von der Durchführung der Forderung Abstand zu nehmen und sich in einer günstigen Periode von neuem mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Die Bauhilfsarbeiter, die in Lüneburg im Bauarbeiterverband organisiert sind, waren mit diesem Beschluß nicht einverstanden, sondern beachichtigten, die Forderung sofort zur Durchführung zu bringen. Es wurden mehrere gemeinschaftliche Sitzungen mit den Bauarbeitern abgehalten, an einer derselben nahm auch der Vorsitzende des Verbandes der Bauarbeiter teil. In dieser Sitzung wurde beschlossen, daß ohne vorherige Verständigung zwischen den Vorständen der Maurer, Bauarbeiter und Zimmerer von keiner Seite etwas unternommen werden sollte. Am 26. April wurde aber trotz dieses Beschlusses in einer Verammlung der Bauhilfsarbeiter beschlossen, am nächsten Tage in den Streik einzutreten, zu welchem Zweck dann auch der Vorstand der Hilfsarbeiter seine Zustimmung erteilte. Aber sehr bald mußten die Streikenden einsehen, daß man keinen günstigen Zeitpunkt gewählt hatte. Statt nun ehrlicherweise entgegenzusetzen, daß sie einen Fehler begangen hätten, suchten sie einen Einbruch und versetzten hierbei auf die Maurer. Die Hilfsarbeiter behaupteten, wenn die Maurer die Arbeit eingestellt und dadurch mehr Solidarität bewiesen hätten, dann hätten sie, die Streikenden, als Sieger aus dem Kampfe hervorgegangen. — Davon, daß die Hilfsarbeiter die getroffenen Anordnungen nicht respektiert, daß sie eine ganze Anzahl Leute ungenügenderweise in Mitleidenschaft gezogen, die eigene Organisation wie auch die der Maurer geschädigt hätten, davon wollten nachträglich die Bauhilfsarbeiter nichts wissen. Als Beweis für ihre Behauptung, daß durch das Verhalten der Maurer die Sache der Bauarbeiter geschädigt worden sei, haben sie einige Fälle herangezogen, wo sich einige Kollegen bei kleineren Arbeiten selbst etwas Material herbeigeschafft hätten. Das ist allerdings — lieber — hier und da vorgekommen. In jedem einzelnen Fall wurden aber die Mitarbeiter zur Rechenschaft gezogen, selbst Ausgüß ist solchen unzulässigen Verhaltens wegen erfolgt. Offenlich wird in Zukunft, nachdem der Kartellvertrag zwischen den Bauarbeitern, Mauern und Zimmerern zu Stande gekommen und in Kraft getreten ist, derartige nicht mehr vorkommen.

Die wichtigste Bewegung im Berichtsjahre innerhalb des Gaues ist wohl die Hamburger gewesen. Ueber den Verlauf und Ausgang dieses Kampfes ist ja schon so viel im „Grundstein“ berichtet worden, daß wir an dieser Stelle darauf verzichten können.

Das persönliche Eingreifen des Gauvorstandes bei den Lohnbewegungen war, abgesehen von der Hamburger Bewegung, 108 mal notwendig, teils um die Vorbereitungen zu treffen, Sitzungen und Beratungen mit den Kollegen abzuhalten, andernteils um in Verammlungen mit den Kollegen mit Rat und Tat beizustehen. In den persönlichen Verhandlungen mit den Unternehmern wurde der Gauvorstand sechs mal hinzugezogen. In allen anderen Fällen wurde die beantragte Leihnahme an den Verhandlungen von den Unternehmern zurückgewiesen.

Organisationsverhältnisse. Neben unserer Verbandsorganisation bestehen in 5 Orten noch andere Berufsvereine für Maurer mit 645 Mitgliedern. Die nachstehende Tabelle bietet eine Uebersicht über das Verhältnis der Sonderorganisationen und der Unorganisierten zu unseren Zweigvereinen in den 5 Orten.

Table with 5 columns: Ortsname, Sonderorganisation, Mitgliederzahl in der Sonderorganisation, Zahl der Unorganisierten, Mitgliederzahl der Zweigvereine. Lists Cuxhaven, Flensburg, Hamburg, Harburg, Stade.

Im gesamten Gau beträgt, nach der vom Gauvorstand vorgenommenen Erhebung, die Zahl der unorganisierten Kollegen circa 1790. In zwölf Zweigvereinsbezirken sind alle Kollegen ohne Ausnahme organisiert.

Auf vollständige Richtigkeit können die angegebenen Zahlen über die unorganisierten Kollegen keinen Anspruch machen, jedoch werden sie annähernd der Wirklichkeit entsprechen, da die Erhebungen in der umständlichen Weise vorgenommen wurden. In Hamburg, dem größten Zweigverein im Gau, haben sich in den letzten Jahren recht unerquickliche Organisationsverhältnisse entwickelt. In den drei Hauptbezirken

des Baugewerbes sind Abwärtswendungen in der Organisation vorgekommen. Dem besten Beispiel der Vereinigung der Affordmänner sind die Section II des Bauarbeiterverbandes und ein Teil der Zimmerer gefolgt. Wasserhähne haben die „Erfolge“, die die Affordmänner durch ihr herrschaftliches Verhalten dem Verbands gegenüber erzielt haben, den beiden anderen von ihren Verbänden abgewiesenen Sonderorganisationen keine Abhilfe gebracht. Der Verein der Affordmänner bildet die ausgeprägteste Innenbewegungstypus. Überall, wo es zu etwaigen Differenzen zwischen den Unternehmern und den Verbandsmitgliedern kommt, erklären die ersteren, daß sie den Ausgang der Sache nicht zu fürchten brauchen, indem die Arbeit von den Affordmännern fertiggestellt werden würde. Und die Erfahrung hat gelehrt, daß tatsächlich auch die Mitglieder der Affordmännervereinigung überall bereit sind, die Unternehmern zu unterstützen, ganz gleich, aus welchen Ursachen die Differenzen entstanden sind. Dieser eigentümlichen „Freimaurer-Gesellschaft“ sind anzuschließen für die früheren Vorsitzende der Hamburger Zimmerer, Carl Schnadt, mit seinem neugegründeten Sozialverein der Zimmerer. Ebenfalls ist der ehemalige Verbandsvorsitzende der Bauarbeiter, F. Strens, der mit einigen anderen Eigenbröttern ein besonderes Organisationsbüro für die Erd- und Abbrucharbeiten geschaffen hat, bestrebt, den „Dreibund“ zu vergrößern. Man bestrebt, ein besonderes Kartell für diese drei Vereine zu errichten. Wenn dann die Affordmänner in diesem Kartell die Führung in die Hände bekommen und deren Prinzipien als Grundzüge maßgebend sein werden, dann werden die Hamburger Bauunternehmer, mit Herrn Zimmerer an der Spitze, bei der ersten besten feistlichen Gelegenheit auf den „Dreibund“ und seine geistigen Leiter: Schnadt, Strens und ein drittes noch auszurufen.

In Hamburg waren vor der Gründung der Sonderorganisationen, mit Ausnahme einer kleinen Zahl Unorganisirter, fast ausschließlich Verbandsmitglieder beschäftigt. Nun hat sich das Verhältnis bedeutend geändert, worüber eine vom Gauvorstand im Monat Dezember 1903 vorgenommene Erhebung Aufschluß gibt.

An 268* Arbeitsplätzen (Neu-, Um- und Durchbauten inkl. 89 Zimmerplätzen) waren in Arbeit

Beruf	Zahl	Einigkeit im Bauarbeiterverband	Freie Vereinigung der Affordmänner	Freie „Mittelbau“-Vereinigung	Freie „Erd- und Abbruch“-Vereinigung	Wohlfahrts-Gesellschaft	Unorganisierte
Maurer	2358	1473	476	9	—	—	180
Zimmerer	999	870	—	—	71	—	78
Bauarbeiter	1135	406	—	—	—	284	257
* Von den 268* unorganisierten Zimmerern gehören noch 212* zu den Verbands-„Freien Vereinigungen“ an.							

Infolge der Unmöglichkeit auf den Arbeitsplätzen und der Affordarbeit, haben sich fast unzahlbare Zustände in Hamburg entwickelt. In der letzten Wauktion verging kaum eine Woche, in der nicht dieser oder jener Unternehmer den Wochenlohn schuldig blieb. Noch häufiger kommt es vor, daß die Arbeiter, namentlich Maurer und Bauarbeiter, einseitig genug sind, bei dem ersten besten Waukschwinder Arbeit in Afford zu übernehmen. Es wird dann in unmenslicher Weise darauflos geschuftet, um einen möglichst hohen Affordüberschuß zu erzielen. Der Ueberfluß wird bis zur vollständigen Zerschlagung der Arbeit von dem Herrn Unternehmer zurückgehalten, und wenn der Bau fertig ist, haben die Affordbürger das Nachsehen. Mancher Unternehmer versteht es auch, den Ueberfluß für sich noch in raffiniertester Weise zu steigern: Von Zeit zu Zeit werden einige Leute wegen angeblicher „Kränklichkeit“ entlassen. Dadurch werden die Zurückbleibenden angepöbeln, ihre Kräfte bis auf das äußerste anzuspannen. Einer will immer noch mehr schaffen als der andere. Gegenständig macht man sich in den Frühstunden und Vesperpausen Vorwürfe, nicht genug geleistet zu haben. Der Unternehmer hat es verstanden, durch das Affordsystem Menschen zu kauzieren zu machen. In den Pausen wird täglich bedroht, wie hoch sich der Ueberfluß beläuft. Endlich ist die Arbeit vollendet. Alle warten sehnsüchtig auf den Ueberfluß. Der lange erwartete Augenblick ist gekommen. Nur der Unternehmer will sich nicht sehen lassen. Vergänglich markiert die Leute, bis endlich der Gehaltszettel reißt und einige Kollegen entlassen werden, den „ehrbarsten Meister“ in einer von seinen vielen Stammesneben aufzufuchen. Wenn auf dieser Forschungsreise nun endlich der Unternehmer aufgespürt ist, dann werden die Amschärfer mit der Erklärung abgelassen: „Dat veit mi leed, de Geldmann het mi in Sack laten“. Solche und ähnliche Vorgänge sind heute in Hamburg eine ständige Erscheinung, die dadurch ihre amüßliche Bekäftigung erhält, daß die Zahl der vor dem Gewerbegericht verhandelten Klagen ähnlichen Bauunternehmern und Maurergesellen in ganz erheblichem Maße gestiegen ist.

In Flensburg, wo seit dem letzten Streit in Roskildeverein besteht, hat dieser nicht mehr viel Bedeutung. Das in Garburg noch bestehende Maurergewerk macht mit dem Ziel der letzten Aussperrung bestehenden Vorkommens, seiner Organisation manches zu schaffen. Der Roskildeverein in Lade, der von den Unternehmern in jeder Weise protegiert und indirekt geleitet wird, hat leider unter dem Vorwand dieser Stellung nicht bestehen können; die Leuten, die heute die besondere Gunst der Unternehmer besitzen und sich darin sonnen, werden auch einmal erleben, daß es vorteilhafter für sie ist, anständigen Lohn für ehrlich geleistete Arbeit zu beziehen, als alle Schmeicheleien des Unternehmers Bluffing und die Verberückung, die das Glorwürtblättchen ihnen als „braves, ehrliche, dem Meister zugetane Arbeiter“ zu teil werden läßt. Der Roskildeverein in Cuz haben an sich hat recht wenig Bedeutung. Über traurig ist das Verhältnis, daß circa 140 Kollegen in dem Zweigvereinsbezirk überhaupt nicht organisiert sind und trotz aller Anstrengungen auch wahrheitsgemäß

in nächster Zukunft schwer zu bewegen sein werden, dem Verbands beizutreten.

Agitation wurde vom Gauvorstand mit vollem Eifer getrieben. Zuerst der Gaukonferenz wurden im Berichtsjahre noch drei Bezirkskonferenzen, und zwar in Flensburg, Subwoigast und Rineburg, abgehalten. Auf diesen Bezirkskonferenzen wurde hauptsächlich an der Einteilung der Zweigvereins- und Kolonbezirke weiter gearbeitet. Außerdem wurden aber auch die Zweigvereine angereizt, mehr als bisher in den umliegenden Ortschaften Agitation zu betreiben, um so den Gauvorstand zu unterstützen. In 29 Vereinen ist auf diese Anregung hin Agitation betrieben worden; namentlich in Cuzhagen, Flensburg, Garburg, Rineburg und Sultum sind die Kollegen sehr tätig gewesen. Als Erfolg dieser Agitation sind die neugegründeten Zweigvereine in Besen, Glidsburg, Sonderburg und Ebstorf anzusehen. Einige andere Zweigvereine werden in nächster Zeit noch hinzukommen. Die mündliche Agitation wurde durch 4500 vom Gauvorstand herausgegebene Flugblätter und eine große Anzahl Handzettel, Versammlungseinladungen usw. unterstützt. Der Zweigverein Danneberg an der Elbe hat sich leider im Berichtsjahre wieder aufgelöst. Die Kollegen in Danneberg haben sich ohne Murren die Arbeitszeit verlängern lassen. Nachträglich ließ man dem Zweigverein aufliegen unter dem Vorwande: „Es nützt uns doch nichts“.

Reisen nach auswärts zwecks Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen und Vornahme von Revisionen, wurden 175 mit 300 Reisetagen unternommen, ungerchnet die Reisen zur Regelung und Förderung der Lohnbewegung. Hieron entfallen 101 Reisen mit 208 Tagen auf den Vorständen, auf die übrigen Mitglieder des Gauvorstandes verteilten sich 64 Reisen mit 76 Reisetagen, und in 10 Fällen mit 17 Tagen, mußten noch andere Kollegen herangezogen werden. Es wurde in diesem Jahre hauptsächlich darauf Gewicht gelegt, daß die Arbeiten der Verbandsorgane ordentlich und gewissenhaft geführt werden. In vielen Zweigvereinen werden Vorstandssitzungen fast nie abgehalten. Sitzungen und Versammlungsprotokolle sind einfach und unbekannt. Die Tagesordnung für die Versammlungen wird vielfach nicht vorher vom Zweigvereinsvorstand festgesetzt, sondern es wird kraus durchgemerdet, über alles mögliche debattiert, und nur zu oft gerade nicht über das, was am notwendigsten wäre. In vielen Zweigvereinen haben wir die Vorstände dazu gebracht, regelmäßig Sitzungen abzuhalten und auch dazu, daß die wichtigsten Beschlüsse protokolliert werden. Wo man unserem Rat gefolgt ist, erkennen nicht nur die Vorstandmitglieder diese Verbesserung an, sondern der Gauvorstand kann auch eine Kontrolle darüber führen, mit welchen Angelegenheiten sich die Vereine beschäftigen. In den größeren Vereinen wurde, auch versucht, das Baubelegienzsystem strenger durchzuführen.

Die Hauskassierung ist in diesem Jahre weiter durchgeführt worden, so daß sie heute in 85 Vereinen des Gaues vorgenommen wird. Die Vorteile dieses Systems werden im allgemeinen anerkannt.

Bei den vom Gauvorstand vorgenommenen Revisionen stellte sich leider auch in diesem Jahre wieder heraus, daß die Führung der Bücher manches zu wünschen übrig läßt, trotzdem immer wieder darauf hingewiesen wird, wie notwendig eine gewissenhafte und saubere Buchführung ist. Bei etwas mehr gutem Willen ist es bei der vom Verbandsvorstand gewählten Schenkassierung sehr gut möglich, klar und übersichtlich die Bücher im Stand zu halten.

Wie im letzten Tätigkeitsbericht, müssen wir auch hier wieder erörtern, daß die gewöhnlichen vierteljährlichen Berichte nur ganz vereinzelt eingehen. Ebenso sind die von uns versandten Fragebogen trotz wiederholter Mahnungen sehr schlecht zurückgekommen. Es wäre sehr zu wünschen, daß auch nach dieser Richtung sich die Vorstände mehr Willigkeit aneignen würden.

Zur Erledigung der Geschäfte fanden 11 Sitzungen des Gauvorstandes im Berichtsjahre statt. Die Korrespondenz war sehr umfangreich. Es sind ausgehandelt: 284 Karten, 897 Briefe, 12 Postamtbesichtigungen, 25 Patente, 1356 Druckfachen und 46 Depeschen. Eingegangen: 160 Karten, 968 Briefe, 6 Patente, 60 Druckfachen und 19 Depeschen.

Die Einnahme und Ausgabe der Kasse gestaltete sich folgendermaßen:

Einnahme.	
Rassenbestand vom Jahre 1902	M. 2105,57
Beiträge nach § 4 des Statuts	„ 4918,86
Für Auslagen zur Leitung und Ueberwachung von Streiks zurückgehalten	„ 508,90
Beiträge der Zweigvereine	„ 2208,41
Zinsen	„ 17,—
Summa	M. 9768,74

Ausgabe.	
Beamtengehalt	M. 2000,—
Eingehende Arbeitsverdienst an andere Kollegen	„ 578,55
Mieten	„ 1831,15
Fahrtgeld	„ 978,90
Bureaukosten, Feuerung, Reinigung, Licht und	„ 322,63
Druckfachen	„ 300,29
Büro- und Schreibmaterialien	„ 355,78
Sitzungen und Revisionen des Vorstandes	„ 88,25
Entschädigung des Kassierers für 1902/1903	„ 200,—
Verlängerung des Vorstands	„ 27,—
Zuschüsse an Zweigvereine zur Beschädigung von Konferenzen	„ 197,85
Für Vertrauensleute zur Agitation	„ 191,87
Summa	M. 6567,22

Bilanz.	
Einnahme	M. 9768,74
Ausgabe	„ 6567,22
Rest Rassenbestand	„ M. 3186,52
Darvon per Bank belegt	„ 2600,—

Aug. Steiniger, Kassierer.
Willy Koch, Gust. Kirnes, Fr. Schmiedele, Revisoren.

Für das kommende Geschäftsjahr steht uns heute schon ein weites Tätigkeitsfeld offen. Für Agitation und Organisation sowohl als auch für die vielen angewendeten Lohnbewegungen wird sehr viel Arbeitskraft in Anspruch genommen werden. Wenn aber jeder sein Teil mit dazu beibringt, um die Arbeitslast zu bewältigen, werden wir alle Hindernisse beseitigen und auch von neuem ein gut Stück rüstig vorwärts schreiten.

Der Gauvorstand.
S. A.: Hugo Kober, Vorsitzender.

Gau Cöln. (Sachverständig.) Im Frühjahr des vorstehenden Jahres war die Bautätigkeit nicht besonders gut, ja, in den ländlichen Gegenden sogar schlecht. Besonders in den Zertigkeiten an der holländischen Grenze wird seit Jahren sehr wenig gebaut und es ist vorläufig auch wenig Aussicht auf Besserung vorhanden.

In Cöln und Düsseldorf hingegen wurde schon im frühen Frühjahr sehr tüchtig gebaut; allerdings halten wir in beiden Orten, namentlich in Cöln von Ende März bis Anfang Juni großen Steuermangel, wodurch zeitweilig Drogenbe von Kollegen feiern mußten.

Im Wuppertal und im bergischen Land besserte sich die Konjunktur im Sommer wesentlich, und hatten wir im Herbst in allen größeren reichsdeutschen sowie in den linksrheinischen Orten Crefeld, Cöln und Bonn gute Arbeitsverhältnisse. Dadurch war es denn auch möglich, energisch an die Verbesserung der in den meisten Orten so überaus schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen heranzugehen.

In zehn Orten hatten wir elf Lohnbewegungen, woraus sich in zwei Fällen Aussperrungen entwickelten. Die Lohnbewegungen erstreckten sich auf die Orte Cöln: Plattenleger, Buger, Maurer, Crefeld, Wannen, Eberfeld, Remscheid, Solingen, Wermelskirchen, Kall und Bonn a. Rh.; Maurer. Aussperrungen waren in Cöln die Buger, Maurer und Plattenleger, in Düsseldorf die Maurer.

In acht Orten war die Bewegung von Erfolg, in einem Orte (Bonn) wurde die Forderung wegen vorgerückter Jahreszeit auf dieses Jahr verschoben und in einem Ort (Wermelskirchen) ist die Bewegung noch nicht beendet.

Die ersten im Lohnkampf waren die Cölnner Plattenleger. Die Firmen der Plattenbranche hatten am 1. Januar 1903 eine Arbeitsordnung an die Gesellen ausgehändigt, die finanziell eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutete und im allgemeinen der in Nr. 7 des „Grundstein“ von Gesellen aus veröffentlichten Arbeitsordnung verfeuert ähnlich sah. Die Plattenleger drehten nun den Spieß um, und forderten nunmehr 9 stündige Arbeitszeit, Abschaffung der Affordarbeit und Zahlung eines Tagelohnes von M. 6, sowie Regelung der sonstigen Arbeitsbedingungen. Eine Antwort erhielten sie von den Unternehmern nicht, und so traten sie am 11. Februar in den Streik ein. Nach einigen Tagen bewilligte eine Firma, die zwölf Gesellen beschäftigt und nach 14 Tagen traten die Vertreter der Unternehmer mit den Vertretern der Gesellen auf Veranlassung des Gewerbegerichts zusammen. Dort wurde dann nach länger, fruchtloser Beratung ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, wobei die Affordarbeit beibehalten, jedoch im übrigen sämtliche Forderungen der Gesellen von den Arbeitgebern anerkannt wurden. Dadurch hatten die Gesellen die 9 stündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 68 ¢, eine Erhöhung ihrer Affordpreise um 20 bis 25 pzt., Ueberstunden 25 pzt., Nacharbeit 50 pzt., Sonntagsarbeit 100 pzt., Zuschlag für Ueberanarbeit usw.

Fürwahr ein schöner Erfolg für eine junge Organisation. Die Unternehmer hatten sicher nicht gedacht, daß ihre „arbeiterfreundlichen“ Vorgehen für die Arbeiter so gute Früchte tragen würde.

Während noch die Plattenleger im Kampfe standen, traten die Cölnner Buger in die Lohnbewegung ein. Sie forschten Abschaffung der Affordarbeit, sowie bei 9 stündiger Arbeitszeit einen Stundenlohn von 55 ¢ und die üblichen keinen Vergünstigungen.

Eine Antwort erhielten sie von den Unternehmern nicht, jedoch veröffentlichte der Baugewerksverein in den hiesigen Blättern einen Versammlungsbeschluss, wonach die Affordarbeit zu den bisherigen Preisen bestehen sollte, mit gut Buger 48 ¢ Lohn gezahlt werden sollte. Am 23. März traten die Buger in den Streik, der mit der darauf folgenden Aussperrung 17 Wochen dauerte. Die Unternehmer drohten mehrfach mit der Aussperrung sämtlicher Bauhandwerker, zwischenwuch fanden auch Verhandlungen vor dem Gewerbegericht, sowie direkt mit den Unternehmern statt, die jedoch resultatlos verliefen. Am 26. Juni wurden dann die Maurer, Bauhilfsarbeiter und Plattenleger ausgesperrt. Die Aussperrung endigte mit einem vollständigen Siege der Arbeiter und der Abschließung eines korporativen Arbeitsvertrages.

Der Lohn steigt danach jährlich um 2 resp. 3 ¢ auf 65 ¢ für Maurer und Buger bis zum 1. Mai 1906, für Hilfsarbeiter auf 45 ¢. (Die Einzelheiten des Kampfes haben wir seinerzeit im „Grundstein“ berichtet.) Auf das Verhalten der „Christlichen“ kommen wir weiter unten noch zurück.

Die Düsseldorf-Kollegen hatten schon im Frühjahr über Lohnfragen beraten. Von der Stellung einer Forderung wurde abgesehen, da der schon oben erwähnte Steuermangel ungünstig auf die Konjunktur wirkte; auch bedurfte es einer Stärkung der Organisation, um mit Erfolg vorgehen zu können. Im Juli waren 750 Maurer in unserem Verbands organisiert, und nunmehr wurde eine Forderung gestellt. Die Forderung lehnte jede Unterhandlung sowie auch die Bewilligung der Forderung ab und einige größere Unternehmer erklärten die in der Bewegung bekannt gewordenen Kollegen. Da dies als eine Maßregelung von uns betrachtet wurde, verlangten wir Einstellung der entlassenen Kollegen und sperrten die Parteien der Unternehmer, als man unsere Verlangen nicht thatig. Nunmehr forderte der Arbeitgeberverband, auch, sofort die Sperren aufzuheben und als das nicht geschah, wurden circa 150 Maurer, die dem Zentralverband angehörten, ausgesperrt. Eine auf Samstag, den 15. August einberufene Versammlung beschloß darauf den Streik. Nach sechsundzwanzig Tagen wurde er beendet, da ein Teil der Unternehmer die Forderung anerkannt hatte und der andere Teil durch christliche Streikbrecher agenten mit „Arbeitswilligen“ versehen war, wodurch an eine Durchführung der gesamten Forderung bei diesen nicht mehr gedacht werden konnte. Immerhin ist durch unser Vorgehen das Unternehmertum gezwungen worden, eine sofortige Lohn-erhöhung von 2 ¢ pro Stunde und eine weitere Erhöhung

von 2 1/2 pro Stunde ab 1. April 1904 zuzugerechnet. Weiteres siehe unten.

In den Wuppertälern Darmen und Elberfeld zwangen wir die Unternehmer 2 1/2 Lohn pro Stunde mehr zu zahlen und haben die Unternehmer unter dem Druck des Streiks beschließen, ab 1. April 1904 die geforderten 50 % zu zahlen. Das geschieht, dafür wird die Organisation fortgesetzt, die sich in beiden Orten mehrmals vergrößert hat. In Remscheid gelang es, den Lohn um 5 % pro Stunde, von durchschnittlich 40 bis auf 45 % zu erhöhen, und die Arbeitszeit von elf bis zwölf Stunden auf zehn Stunden zu verkürzen. Leider gelang es einem größeren Unternehmer, kurz vor Weihnachten wieder 4-6 % pro Stunde abzugeben, ohne daß ihm energischer Widerstand entgegengelegt werden konnte. Hoffentlich gelingt dies bei begünstigter Konjunktur in diesem Jahre.

In Crefeld wurde nach 17wöchiger Kampfe ein Arbeitsvertrag abgeschlossen, der die zehnstündige Arbeitszeit an Stelle der 10 1/2 bis 11 stündigen und eine sofortige Erhöhung des Stundenlohnes um 4 %, von 41 auf 45 %, und eine weitere Erhöhung um 2 %, auf 47 % pro Stunde ab 1. April 1904, sowie eine vollständige Regelung respektive Verbesserung aller sonstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen enthält.

In Solingen gelang es uns, eine sofortige Lohnerhöhung von 2 1/2, von 45 auf 47 1/2 pro Stunde, sowie die Anerkennung der zehnstündigen Arbeitszeit, die uns die Unternehmer im Jahre 1901 um eine Stunde verkürzt hatten, zu erzwingen, auch erklärten sich die Unternehmer bereit, ab 1. April 1904 den geforderten Lohn von 50 % zu zahlen, und sollte ein Korporationsvertrag abgeschlossen werden, soll der Lohn als Höchstlohn gelten. Wir widerlegten uns dem, und es wäre auch gelungen, das Wort „Höchstlohn“ zu streichen, wenn sich nicht die Christen so eigenartig verhalten hätten. Der Kampf wurde schließlich ohne Absicherung eines Vertrages beendet. Wir werden unter „Christliches“ noch darauf zurückkommen.

Die Kollegen von Ralf bei Köln forderten nach Beendigung der Kölner Bewegung die Durchführung des Kölner Vertrages auch für Ralf. In verschiedenen Sitzungen wurde mit den Unternehmern unterhandelt und ohne Streit eine Einigung erzielt. Es sollten sofort 46 % bis 1. April 1904 und von da bis 1. Juli 1904 50 %, von da bis 1. Juli 1905 62 1/2 % gezahlt werden; im übrigen sollen die Bestimmungen des Kölner Vertrages gültig sein. Dies zu erreichen war nur möglich, weil sämtliche Maurer und Hilfsarbeiter in den freien Verbänden organisiert waren.

In Wermelskirchen wurde von unseren Kollegen über die Lohnfrage beraten. Ehe es noch zur Stellung der Forderung kam, glaubte der Unternehmer Hufjels, die Bewegung in Reime erlösen zu können. Als eine Versammlung stattfand, erschien der Herr in Versammlungsort, notierte die bei ihm beschäftigten Arbeiter, und am anderen Tage erhielten dieselben (sämmtlich organisiert) ihre Entlassung. Von uns wurden die Bauten des Herrn gesperrt und die Sperre besteht heute noch. Leider war ein sofortiger Erfolg nicht zu erzielen, da eine Kolonne Schleifer die Arbeitsstelle besetzt hielt und auch nicht gewillt war, abzureisen. Mittlerweile sind die Schleifer aber fort und kommen wahrscheinlich auch nicht wieder. Die Sperre hat auch ihre Wirkung nicht verfehlt, denn Herr Hufjels möchte jetzt gerne Frieden schließen; er hat schon erklärt, nicht nach der Verbandszugehörigkeit zu fragen, er nehme jeden an; den Lohn wird er nun wohl auch bald zahlen wollen.

Die Bonner Bewegung entwickelte sich erst im Spätherbste. Bewilligen wollten die Unternehmer nichts; eine von uns verhängte Bausperrre hatte keinen Erfolg, da ein Teil der Maurer stehen blieb. Die Kollegen beschloßen dann, die Forderung in diesem Jahre durchzuführen. Die Bewegung berechtigt auch zu den schönsten Hoffnungen.

Alles in Allem können wir mit den Erfolgen zufrieden sein; ist es uns doch gelungen, neben der Anerkennung unserer Organisation in den verschiedenen Orten auch für einige Jahre feste Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht zu haben. Entsprechend dem Umfang der Bewegung ist auch die Mitgliederzahl gestiegen. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des Jahres:

Table with 2 columns: Year, Members. 1902: 1202, 1903: 2503, 1904: 1772, 2788, 2488, 4055, 1952, 3469.

Der Mitgliederbestand war vor Weihnachten 1903 bedeutend größer; es rechen jedoch sehr viele Kollegen vor den Festtagen in ihre Heimat, die erst zum Frühjahr wieder kommen. So sind aus dem Zweigverein Köln vor den Festtagen abgereist 430, aus Düsseldorf 404, aus Darmen-Elberfeld 180 Verbandskollegen u. s. w.

Aufgenommen wurden im Berichtsjahr im Gau 3550 Kollegen. Die meisten Aufnahmen hatte Köln mit 1482, dann folgt Elberfeld-Darmen mit 688, Düsseldorf mit 486, Remscheid mit 224, Crefeld mit 207, Bonn mit 194, Solingen mit 187 u. s. w.

Die besten Organisationen befinden sich in Köln und im Wuppertal. In beiden Zweigvereinen sind von den Kollegen besetzte Beamte angestellt. In Düsseldorf wird in der nächsten Zeit ein Kollege besetzt werden.

Die Zahl der Zweigvereine beträgt wie im Vorjahre 18. Von diesen sind in 25 Orten Zahlstellen errichtet. In 89 Orten sind Mitglieder des Verbandes.

Soweit unsere Feststellungen reichen, sind im Berichtsjahre in der Zweigvereine zugewandert 1023; abgewandert 2106; wegen Schulden gestrichen 180; ausgeschieden 184; gestorben 20; zum Militär eingezogen 46; ausgezogen 103; die Zahlen der Ab- und Zugewanderten entsprechen immer noch nicht den wirklichen Verhältnissen, da sich die Kollegen bei der Abreise nicht abmelden; oft werden auch keine Notizen darüber gemacht; kurzum, so oft und so viel wir darauf hingewiesen haben, es klappt noch nicht.

In 6 Zweigvereinen wird jetzt ein Zuschlagbeitrag von 5 % pro Woche zur Agitation resp. Werbung der Beamten erhoben; in den übrigen sind wir daran, es ebenfalls durchzuführen, was uns wohl auch gelingen wird.

Neue Zweigvereine werden auch wohl vorläufig nicht gegründet werden, vielmehr werden wir die bestehenden Zweigvereine nach Möglichkeit erweitern. Es hat dies den Vorzug, daß etwa hinzukommende Orte gleich unter die Leitung erfahrener Kollegen kommen.

In den linksrheinischen Orten haben wir nach wie vor unter Volkmangel zu leiden. Im Zweigvereinsgebiete Bonn stehen uns nur zwei Lokale zur Verfügung, obwohl das Gebiet

sich über 20 Orte erstreckt. Auch in Aachen, Düren, Hehyd und M. Glabach, fehlen uns passende Versammlungsorte.

Agitation wurde im vergangenen Jahre lebhaft betrieben. Im 1. Quartal wurde in allen Zweigvereinen Gausagitation betrieben. Hierzu wurde vom Gausvorstand ein Flugblatt herausgegeben, das in 5000 Exemplaren zur Verteilung gelangte. Dann wurden noch im 2. Quartal für eine größere Anzahl Orte Flugblätter herausgegeben, die bei der Gausagitation verwendet wurden. Für Vorbereitung der Lohnbewegungen waren im Wuppertal der Kollege Duns und in Düsseldorf der Kollege Neishte längere Zeit tätig. Zur Leitung der Streiks wurden die Kollegen Rindenberg und Thabor herangezogen. Beide sind auch im Siegerland agitatorisch tätig gewesen. An Briefen, Druckdrücken u. s. w. gingen ein 366. Vom Gausvorstand wurden verfaßt 431.

Von anderen Organisationen kommen im Gau die Christlichen in Betracht; seit Jahren ist von diesen schon lebhaft Agitation betrieben worden, jedoch mit sehr wenig Erfolg. Um nicht ganz zu Grunde zu gehen, hat man im vergangenen Sommer nach der Aussperung in Köln mit Hilfe des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften den Maurer Gohardt angestellt. Dieser hat auch schon im Verberben, Beschimpfen und Verleumben des Zentralverbandes und seiner Führer „schändliches“ geleistet. Die christliche Organisation hat in unserem Gausgebiet in dreizehn bis fünfzehn Orten Zweigvereine, die eine Mitgliederzahl von sechs bis sechshundert haben werden. Möglich ist es auch, daß die Herren noch in mehreren Orten Gründungen vollzogen haben; darin sind sie ziemlich flott; nur gehen die mit großem Geschrei ins Leben gerufenen Vereine gewöhnlich sehr schnell wieder an Mitgliederzwinchlung zu Grunde. In verschiedenen Orten haben sie nicht einmal den Vorstand besammelt. In Köln ist es ihnen mit unserer Hilfe gelungen, eine Anzahl Mitglieder mehr zu erhalten. Wenn unsere Kollegen z. B. bei einem Unternehmer die Arbeit einstellen, weil sie nicht mit einem Unorganisierten zusammen arbeiten wollen, dann nehmen die „Christen“ die Arbeit auf und holen die Maurer von den Dörfern nach Köln, um die Unternehmung aus der Verlegenheit zu helfen. Durch das energische Vorgehen unserer Mitglieder gegen die Unorganisierten haben die Christlichen wanden Quindauer, der früher gar nicht zu organisieren war, gewonnen. Es passiert sehr häufig, daß ein „verminderter Geselle, wenn er sich gar nicht mehr halten kann, zu den Christlichen geht, weil er dort ja auch noch billiger davonkommt. Die Herren sind sich jetzt immer um 5 % pro Woche mit ihrem Beitrag hinter uns zurückgeblieben. Bei rückständigen Deuten spielt die Höhe des Beitrages bekanntlich noch immer eine große Rolle.

Schon im vorigen Jahre mußten wir auf das eigenartige Gebahren der Christen und ihrer Führer, Wiedberg und andere hinweisen. Die Herren haben lange eingesehen, daß sie auf reale Art nicht zu einer guten Organisation kommen werden. Deshalb ist Intriguenspiel bei den Lohnbewegungen. Auf ihrer Generalversammlung in Essen soll Wiedberg erklärt haben, wo uns der Zentralverband nicht anerkennt, da machen wir den Streikbrecher: Herr Geh aus Düsseldorf erzählt einem seiner Kollegen: wenn der Zentralverband in diesem Jahre streikt, dann machen wir nicht mit; dann wollen wir mal unsere Organisation stärken. In dem Wuppertal in Köln konnten die „Christlichen“ nun gar keine Rolle spielen, da zur Zeit 408 Püger in unserem und zwei Püger im „Christlichen“ Verband waren, deshalb suchte man den Streik kaputt zu machen. Täglich konnten wir konstatieren, daß „christliche“ Maurer Pügarbeit betrieben; und wenn auch die Herren dies immer entkriech abstritten, so hat uns doch die Herr Thiemann (Vorstand des Arbeitgeberverbandes) in Stuttgart recht gegeben, und der Herr was es doch auch wissen. Doch der Pügerstreik war mit den „Christlichen“ und sonstigen Streikbrechern nicht umzubringen, soweit Christliche gab nicht. Als nun die Aussperung kam und neben den circa 1750 Mitgliedern der freien Verbände auch 92 Mitglieder des „christlichen“ Verbandes davon betroffen wurden, da verstanden sie es mit einer anderen „Schlichtigkeit“. Geld zum langen Kampfe hatten sie nicht, Wiedberg hatte schon einen schwindelhaften Aufruf an seine Verbandskollegen geschrieben, sie sollten der bankrotten Verbandskasse mit einem Ertragsbeitrag von einer Mark unter die Arme greifen, es mußte also ein Ende gemacht werden. Man ließ den Unternehmern die Air ein, um Unterhandlungen anzubahnen, in den Versammlungen machte man den streitenden Püger Vorwürfe, daß sie ihren Kampf so gut durchgeführt und es dadurch zur Aussperung getrieben hatten.

Mit solchen „Kämpfern“ hatten die Unternehmer leichtes Spiel, was man ihnen bot, nahmen sie an. Als unterdessen auf Betreiben des Vorstehenden vom Ziegelpublikum mit den Unternehmern unterhandelt wurde, erklärten sich die „Christlichen“ sofort bereit, den Lohn von 50 % erst ab 1. Januar 1904 zu fordern. Nach langer, erregter Unterhandlung erklärten wir schließlich den 50 %-Lohn ab 1. November sowie ein früheres Inkrafttreten der Forderung ab. Bei der Absicherung des Vertrages protestierten wir gegen die Zulassung der Christlichen wegen ihrer Intriguen. Darauf unterzeichnete die Gesellschaft den Vertragsentwurf der Unternehmer mit der Verpflichtung, so viele Streikbrecher wie möglich herbeizuschaffen. Wir haben nachher weiter verhandelt, den Vertragsentwurf in wesentlichen Punkten verbessert und dann abgeschlossen.

In Düsseldorf fanden die „Christlichen“ die Schlimmeres verblü. Dort haben sie sich nicht damit begnügt, Streikbrecher zu sein; dort haben sie auch noch Streikbrecher von auswärts, selbst aus Soland hingeholt, um unsere Bewegung tot zu schlagen. Angeblid aus dem Grunde, weil wir sie nicht vor Ausbruch des Streiks zu den Verhandlungen herangezogen hätten; wir hätten sie an die Wand drücken wollen. In Wirklichkeit behandelten sie die Verhandlung unserer Organisation schon länger, bevor der Verhandlung der Christlichen Vorstehenden Geh, die was aus der Werbung des beteiligten Vorstehenden Geh, die oben schon angeführt ist, hervorgeht. Das dies nicht erreicht wurde, liegt nicht etwa an dem guten Willen der „Christen“. Mühe haben sie sich genug gegeben. Wenn es ihnen nicht gelang, so kommt das daher, daß es unter den Arbeitern so viele nicht mehr giebt, die sich in solchen Schurkenstreichen gebrauchen lassen. Daß die Gesellschaft unehrlich handelt, liegt klar zu Tage. In Düsseldorf werden die Streikbrecher und schleppen solche heran, weil wir sie zu den Vorbereitungen nicht zugezogen haben. (Schmidt-Vodum sagt, solche Fragen werden nicht in öffentlichen Versammlungen, sondern in Sitzungen behandelt.) In Solingen, wo sie mit unseren Kollegen gemeinsam den Streik führten, beschließen die „Christen“ in

öffentlicher Versammlung, den Streik aufzugeben, ohne vorher mit den leitenden Kollegen in einer Sitzung über diese jedenfalls auch nicht gleichgültige Sache mit uns zu beraten. Einmal so, daß andere Mal so, wie's halt in den Strom paßt. Wo die Gesellschaft glaubt, Vorteile für ihre Organisation herauszuschlagen zu können, da geht sie ohne Rücksicht auf andere vor. So können diese Leute fortwährend über Terrorismus, wenn unter Mitglieder mit einem Streikbrecher, der sich jetzt zu den „Christlichen“ gesellt hat, nicht mehr zusammen arbeiten wollen. Dabei gehen die „Christlich“ organisierten Postere in Düsseldorf und Köln dazu über, unseren Mitgliedern Arbeit anzubieten; wenn sie aus unserem Verbands aus- und in den „Christlichen“ eintreten. Ja, ein solcher Verbands verlangte in Düsseldorf die schriftliche Erklärung des Austritts aus unserem Verband. Ist das nicht auch Terrorismus?

Wenn das werden wir mit der Gesellschaft wohl fertig werden. Überall, wo ihr Treiben bekannt wird, ziehen sich die Kollegen davon zurück, und wir sind am letzten Ende die lachenden Dritten. Wir haben uns an dieser Stelle etwas eingehend mit den „Christen“ befaßt, da es ja gewissermaßen notwendig ist, im Jahresrückblick auch auf die Eiterbeulen hinzuweisen, mit denen gewissenlose Arbeitervertreter die Arbeiterbewegung zu vergiften suchen. Hoffentlich ist dies auch in anderen Gegenden den Kollegen von Nutzen.

Das vergangene Jahr hat dem Gau Köln eine weitere Stärkung gebracht; allenfalls rufen die Kollegen zu weiteren Kämpfen zu weiteren Siegen. Und es ist notwendig, daß von unseren Kollegen die ganze Kraft zur Entfaltung gebracht wird, sind doch die Lohn- und Arbeitsbedingungen noch höchst gering. Andererseits rufen sich auch die Unternehmer zur geschlossenen Abwehr. Schon im Sommer vorigen Jahres wurde auf einer Konferenz in Düsseldorf ein Arbeitsgeberverband für Rheinland und Westfalen gegründet, dem sich 14 größere Orte angeschlossen haben sollen. Im Herbst wurde in Elberfeld ein Verband der bergischen Bau- und gewerblichen Beiräte, der sich über das ganze bergische Land erstreckt, gegründet. Die Herren Unternehmer sind eifrig bemüht, Kämpfer gegen die Arbeiter zu werden. Es kann also in diesem Jahre noch ein lustiger Tanz werden. Wir werden gut mitanzen, wenn unsere Kollegen mit noch mehr Eifer als im vorigen Jahre bei der Sache sind. Deshalb an die Arbeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Table: Jahresabrechnung der Gausaffe. Includes Kassenbestand, An Beiträgen laut § 8c des Statuts, Aufschub, Beiträge der Zweigvereine, Auslagen für Streiks, Summa 6059,33.

Table: Ausgabe. Includes Für Beamtengehälter, Arbeitsverdienst-Verzicht der Kollegen, Abgaben, Fahrgeld, Druckkosten, Porto und Schreibmaterial, Sonstiges Bureauamt u. s. w., Summa 5674,22.

Table: Kassenabluß. Includes Kassenabluß, Ausgabe, Summa 6059,33, 5674,22.

Der Gausvorstand. J. A.: Ernst Müth.

Witow i. Bonn. Sonntag, 27. März, fand hier eine gut besuchte Maurerverammlung statt. Kollege Schwarz referierte über die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Weder schilberte den Anweidenden in recht eindringlicher Weise, in welcher hilfloser Lage die Arbeiter sich gegenüber dem Unternehmertum befinden. Nachdem er dann die rechtliche Stellung und die Pflichten der Arbeiter im heutigen Staat berührt hatte, führte er an, daß es nur durch einen festen Zusammenschluß aller Verbandsangehörigen in einer Organisation möglich sei, die miserablen Verhältnisse, unter denen sie zu leben gezwungen sind, zu verbessern. Wenn die meisten Kollegen glaubten, an den jetzigen Zuständen sei nichts zu ändern, sondern es müsse ewig so bleiben, daß die Arbeiter sich von Morgens früh bis Abends spät quälen, um nur das nackte Leben freiten zu können, so sei das ein Irrtum. Zwar sei es nicht leicht, althergebrachte Ansichten und Einrichtungen zu ändern, aber möglich sei es, das habe der Maurerverband in den letzten Jahren mehrfach bewiesen. Da nun besonders in Hinterpommern die Verhältnisse für die Maurer sehr schlecht sind, so hätten diese allen Anlaß, sich aufzuraffen und mit Mut und Ausdauer an die Organisationsarbeit heranzugehen, es werde ihnen dann möglich sein, alle Maurer unter einen Hut zu bringen, und wenn dieses gelänge, dann hätten sie es in der Hand, die Verhältnisse ganz wesentlich zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Gedeihen des jungen Zweigvereins geschlossen.

Witow i. W. Der hiesige Zweigverein hielt am 27. März seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche von fast allen Kollegen besucht war. Es wurde unter anderem der Punkt „Sonntagsschule“ recht gerne besprochen. Es ist nämlich bis jetzt noch immer borgekommen, daß Kollegen für sich Arbeit übernehmen und sie dann an Sonntag fertigmachen. Es ist nun unter allen Verbandskollegen der gute Wunsch, daß dieses unterbleibe und so wurde einstimmig beschlossen, zwei Revisionen zu wählen, die dafür aufzuwachen haben, daß keiner Sonntags arbeitet. Sollte nun doch dabei einer ertrapp werden, so hat er eine Strafe an unser Kassaflasse zu zahlen. Als Revisionen wurden gewählt die Kollegen König und Oberbricht. Dann wurden drei Mitglieder neu aufgenommen. Da sich in unserem Orte nur noch zwei bis drei Kollegen befinden, die sich der Organisation noch fernhalten, so wird hiermit die liebe Gewohnheit der Sonntagsschule wohl beseitigt sein. In gewisser Bewegung und froher Stimmung schloß die Versammlung nach 2 1/2stündiger Dauer mit einem Hoch auf unseren Verband.

Selbe. Der Zweigverein beschloß am 24. März in einer gut besuchten Mitgliederversammlung, in welcher auch der Bauvorstand, Kollege Hugo Stober, anwesend war, die eingereichte Forderung von 3 1/2 Stundenlohn aufrecht zu halten. Die Arbeitsgelegenheit verspricht für den kommenden Sommer ziemlich gut zu werden. Die Unternehmer scheinen sich noch nicht über ihre Stellung einig zu sein. Der Obermeister der „Baubühne“ zu Heidelberg hat kürzlich mit dem Gesellenausschuß verhandelt und sich auf seinen Vorschlag sogar mit den Vertretern der Gesellen auf einen Stundenlohn von 45 1/2 geeinigt, unter der Voraussetzung, daß die Gesellen den neuen Tarif auf mehrere Jahre anerkennen würden. Der Obermeister scheint sich aber seinen Kollegen gegenüber recht schwer verständlich machen zu können. Ein paar Tage, nachdem der Herr mit dem Gesellenausschuß verhandelt hatte, kamen seine Kollegen zu den Maurern und wollten sich bei dieser nach den getroffenen Vereinbarungen erkundigen, da man den Obermeister nicht verstanden hätte. Die Gesellen wandten sich nun, dem Vorschlag des Obermeisters folgend, von neuem an die Zunung und fügten um Verhandlungen nach. Die Eingabe wurde aber gar nicht beantwortet. Derselben eigenartigen Verhalten der Zunung gegenüber, beschloß die Versammlung, wie schon oben bemerkt, konsequent an der Forderung festzuhalten.

Börde. Eine öffentliche Maurerverammlung fand am Sonnabend, den 20. d. M., im Saale des Herrn Werle, statt. Kollege Kahl-Dortmund referierte über: Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe. Redner betonte, daß im Industriegebiet in den letzten zehn Jahren fast ununterbrochen eine gute Bautonanjunktur vorherrschte; während der Krise trat wohl eine Stodung ein, aber von einer schlechten Bautätigkeit konnte auch da keine Rede sein. Nun, sollte man meinen, daß bei einer so guten Bautätigkeit auch der Lohn hätte bedeutend steigen müssen. Dies ist jedoch nicht eingetreten, was auf die schlechte Organisation zurückzuführen war. Während in einigen Gebieten Deutschlands der Lohn weit über die durchschnittliche Lohnsteigerung gestiegen ist, ist im hiesigen Gebiet die Durchschnittssteigerung nicht erreicht worden. Nun ist im letzten Jahre im Industriegebiet in einigen Städten durch die Organisation der Lohn auch bedeutend gesteigert worden, und in diesem Jahre sind in einer ganzen Reihe von Ortschaften Lohnforderungen gestellt. Die Unternehmer sehen jetzt auch bald ein, daß sie nicht umhin können, den Lohn etwas aufzubessern. Deshalb ist in einigen Orten Unerbittungen gemacht worden. Redner geht dann noch auf die Forderung der Unternehmer ein, in Orten, wo Lohnforderungen gestellt werden, mit einer allgemeinen Ausübung zu antworten, wie es im bergangenen Jahre vielfach vorgelommen ist. Auch dieser Irrtum ist ein Schlag ins Wasser gewesen, denn der Plan, die Verbandsliste leer zu machen, ist fehlerhaft; das Vermögen des Verbandes ist vielmehr noch gestiegen. Redner forderte zu einer regen Agitation für den Verband auf, denn wenn nicht mehr so viel Maurer der Organisation fernstehen, werden auch hier bessere Zustände platzgreifen. Redner schloß die Rede mit folgenden Worten: Die Stellungnahme der hiesigen Bauunternehmer zur Lohnforderung der Maurer, führte der Vorsitzende aus, daß die Unternehmer auf die Forderungen nicht ganz antwortet haben. Die Forderungen lauten auf 80 1/2 Stundenlohn und zehntündige Arbeitszeit. Abschaffung der Altkorarbeit und Verbot der Ueberstunden. Die hiesigen Unternehmer stehen immer noch auf dem Standpunkte, daß sie es nicht nötig haben, mit der Organisation der Maurer zu unterhandeln. Sie versuchen so zu viel wie möglich, Unorganisierte heranzuziehen. Jedoch dürfte ihnen dies nicht viel nützen, denn die Organisation hat auch hier am Orte gute Fortschritte gemacht. Wenn die Kollegen auf dem Felde sind, wird es uns auch gelingen, unsere Forderung durchzubringen. Nachdem noch einige Kollegen, und auch Kollege Stahl, in gleichem Sinne gesprochen hatten, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband der Maurer Deutschlands. Einige Kollegen ließen sich zum Schluß in den Verband aufnehmen.

Kreisberg. Sonntag, 27. März, fand hier eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Es wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß der Unternehmer Alb. Jakob den Stundenlohn nach seinem Belieben reduziert habe. Es wurden sofort drei Mitglieder gewählt, um mit dem Unternehmer dieserhalb Rücksprache zu nehmen und ihn eben zu veranlassen, den Stundenlohn zu zahlen, der am Orte üblich ist. Die Kommission berichtete, nachdem sie ihren Auftrag ausgeführt hatte, daß der Unternehmer sie nicht abgewiesen und erklärt habe, er habe mit dem Verband gar nichts zu tun, er zahle den Lohn, den die Maurer verdienen und lasse sich im übrigen keine Vorschriften machen. Beschlüsse in dieser Angelegenheit wurden weiter nicht gefaßt, es liegt nun an den Kollegen, dem Unternehmer die gebührende Antwort zu geben, Arbeit ist genug vorhanden. — Die Versammlung war nur von 16 Mitgliedern besucht, selbst der erste Vorsitzende war nicht anwesend. Zur Aufnahme gelangten fünf neue Mitglieder. Kollege Werthold aus Leipzig referierte über Organisationsfragen und wies auf seine Ausführungen mit lebhaftem Beifall auf. Ueber die Weisitzer referierte Kollege Keller. Da vor dem 1. Mai noch eine Mitgliederversammlung stattfindet, und zwar am 17. April, wurde einstimmig beschlossen, sich am 1. Mai, früh um 9 Uhr, im Restaurant „Frohn“ in Weisitz zur Versammlung einzufinden, um dann um 11 Uhr geschlossen nach Stein-Weise abzumarschieren, wo um 11 Uhr eine Versammlung stattfindet. Weiter teilte Kollege Keller mit, daß die Angelegenheit des Kollegen Göge geregelt ist.

Kronach. Die Bahnhofs- und Söhne-Viehleins des hiesigen Zweigvereins hielt am 27. März eine Mitgliederversammlung ab, die von dem Kollegen Schöndtner geleitet wurde. Zunächst ließen sich drei Kollegen aufnehmen. Dann wurde die Wahl eines Vertrauensmannes und eines Hilfsleiters vollzogen. Eine längere Debatte zeitigte die Angelegenheit, ob es sich nicht empfiehlt, für Söhne-Viehleins einen selbständigen Zweigverein ins Leben zu rufen. Von einigen Kollegen war in Anregung gebracht worden, ob es nicht besser sei, die Bahnhofs- und Söhne-Viehleins als Zweigverein umzuwandeln, jedoch sah die Mitgliederzahl auf 18 erhöht habe, andere Kollegen waren wieder der Meinung, daß es besser sei, vorläufig noch bei dem Zweigverein Kronach zu bleiben, damit sich die Kollegen die nötigen Kenntnisse zur Führung der Geschäfte eines Zweigvereins

aneignen können und um zu sehen, wie sich der Verband hier entwickele. Es wurde schließlich beschlossen, die Angelegenheit bis nach dem zweiten Quartal zu vertagen.

Winden i. B. Am 26. März fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Kollege Barmann aus Hannover war anwesend, um den durch die Hausagitation gewonnenen neuen Preis, den wiedererwonnenen Mitgliedern vorzulegen, und nach dem Verstand für seine Mitglieder bisher geleistet hat und was er hätte in Winden leisten können, wenn alle Maurer Windens einig zusammengekommen hätten und die Organisation treu geblieben wären. Das Verfaulnis hätte aber noch nachgeholt werden, wenn alle 55 Kollegen, die seit dem 20. März neu aufgenommen wurden, der Forderung treu blieben und dafür Sorge tragen würden, daß auch die übrigen der Verbände noch fernstehenden Kollegen der Organisation beigetreten wären. In der Diskussion wurde erwähnt, daß die Unternehmer die Gesellen durch Nachregelungen und allerlei Sanktionen zum Streik zu provozieren suchen. Die Kollegen wurden aber ermahnt, sich ruhig zu verhalten und die Zeit abzuwarten. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen und nur in dem Notfall zu verfehlen, wo unferne Versammlungen abgehalten werden, dem Militär- und Bürgerhospitium zum Trost. Hierauf folgte der Schluß der Versammlung.

Norden. Sonntag, den 27. März, fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, wozu 362 Annahme oder Ablehnung des mit den Meistern durch unsere Lokalkommission vereinbarten Lohn- und Arbeitsvertrages. Die Verhandlung über die neuen Forderungen, die wir heretis Ende Oktober gestellt hatten, haben sich bis jetzt in die Länge gezogen und unsere Kommission hatte viel Mühe und Arbeit, da immer wieder neue Zusatzwünsche mit den Meistern beantragt werden mußten. Viel Gutes ist denn schließlich auch nicht herausgekommen. Das Darniederliegen der Bautätigkeit in ganz Ostpreußen, hauptsächlich auf den Vade-Inseln, die Mißerfolge in Embden und der flägeligen Lohn, das System der sog. „Saprinische“ in den umliegenden Städten und Flecken hauptsächlich auf dem Vande, wo dann keine Organisation setzen Fuß lassen kann, das alles soll wohl beigetragen haben, daß wir diesmal einen so harten Stand und Kampf hatten. Eine Lohnerhöhung von 2 1/2 pro Stunde, also von 88 1/2 auf 90 1/2, haben wir doch schließlich erreicht und einige Verbesserungen betreffs Vohnauszahlung, auf den Bauten bessere Vahnbuden und Aborte, Regelung der Wasser- und notwendigen Ueberstundenarbeit sind uns zugeworben worden. Die zahlreich besuchte Versammlung nahm denn auch einstimmig den vorgelegten Vertrag auf zwei Jahre an, weil, wie die Lokalkommission betonte, sie hätte beim besten Willen nicht mehr erreichen können. Eine Ablehnung hätte auch die Lohnerhöhung in Gefahr gebracht, und da die Bauausfichten vorläufig nicht die besten sind, hätte auch ein etwaiger Streik unter Umständen schief gehen können. Die Kollegen wurden aber ermahnt, darüber zu wachen, daß für den Bauarbeiterjugend ihrerseits das Interesse in Zukunft ein weit regeres werde, denn nicht allein die bloße Jugendigkeit zum Verbands bringt nennenswerte Erfolge mit sich, sondern die lebhaft und lebendigste Betätigung in und für die Organisation sind die beste Gewähr für unsere Kraft und Stärke bei der Eringung einer besseren wirtschaftlichen Lebensstellung. Im Zweigverein Norden sind fast sämtliche Kollegen organisiert. Wir haben seit Jahren keinen Abfall, keine Fernpöterung zu verzeichnen; allein die innere Festigkeit, die rege Teilnahme an der Weiterentwicklung, der Verbandsbestreben und lassen viel zu wünschen übrig. Die Versammlung nahm denn auch die darauf bezüglichen Ausführungen des Kollegen Müller recht beifällig auf, und hoffentlich wird ein Jeder sich in Zukunft etwas besser an seine Pflicht erinnern.

Oblau-Beisterwitz. Sonntag, 27. März, fand in Seindorf eine ziemlich gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Kollege Puschmann aus Breslau, der als Referent anwesend war, wies darauf hin, daß an eine wesentliche Besserstellung der Maurer in Oblau nicht eher zu denken sei, bis alle Kollegen in der Umgebung organisiert sind. Wenn es noch vorkomme, daß der Vorstand sich mit den Kollegen in der Versammlung heranziele, wie dies tatsächlich in einer Versammlung in Oblau am 20. März vorgekommen ist, dann wäre es nicht zu überdauern, wenn die Unternehmer die Gesellen mit dem Stroh bedrohen, statt ihnen die Löhne zu erhöhen. Hierauf schilderte Kollege Koch aus Beisterwitz die Organisationsverhältnisse, die nach den Ausführungen des Redners ziemlich zufrieden zu nennen sind, indem es in dem Verhältnisse der Kollegen gestellt ist, ob sie sich in Breslau, Oblau oder Beisterwitz als zugerechnet betrachten und demgemäß auch ihre Beiträge bezahlen. In Beisterwitz sind 68 Maurer am Orte, davon sind 62 Mitglieder, 2 sind ausgetreten, weil sie befristet, aus dem Kriegerverein ausgeschlossen zu werden. In Seindorf wohnen 50 Maurer, davon sind 22 Mitglieder in Beisterwitz, 12 in Breslau und zwei in Oblau, 86 sind also erst in ganzen organisiert. In Seidowitz sind zehn Maurer anständig, davon sind fünf in Beisterwitz dem Verbands angehörend, einer in Breslau. In Limburg hat die Bahnhofs-Beisterwitz zehn Mitglieder, ein Maurer und dort anständig. Redner war der Meinung, daß in diesem Organisations-Rudelsmüßel endlich einmal Ordnung geschaffen werden müsse; alle Mitglieder, die in Beisterwitz und Umgebung wohnen, hätten sich auch hier zur Organisation anzumelden und ihre Ablehnung in Breslau und Oblau zu bekräften.

St. Johann. Eine am 28. März abgehaltene öffentliche Versammlung brachte uns einen Zuwachs von 40 Mitgliedern. Kollege Horst referierte über die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Mit der Aufforderung, die nächsten Versammlungen noch zahlreicher zu besuchen und immer mehr Mitglieder zu werden, wurde die Versammlung geschlossen.

Trebbin. Am 27. März fand hier eine öffentliche Maurerverammlung statt. Der Zweigvereinsvorsitzende berichtete, daß die Verhandlungen mit den Unternehmern zwecks Abschließung eines Vertrages auf der Grundlage, daß für Trebbin und Wobdenort ein Stundenlohn von 40 1/2, für eine Anzahl Orte in der näheren Umgebung 42 1/2 und für die weiter entlegenen Orte 45 1/2 festgesetzt werde, abgeschlossen seien und eine Einigung nicht zu stande gekommen sei. Die Versammlung beschloß, nunmehr für alle Orte, außer für die weiter entlegenen, einen Stundenlohn von 42 1/2 zu fordern. Am Sonntag nach Ostern soll in einer Mitgliederversammlung weiteres in dieser Angelegenheit beraten und beschlossen werden. Die Unternehmer hoffen, aus der

Umgebung von Herzberg „Arbeitswillige“ zu billigeren Löhnen zu bekommen, doch dürfte diese Hoffnung nicht in Erfüllung gehen.

Unna. Sonntag, den 20. März, fand hier eine gut besuchte öffentliche Maurerverammlung statt, in welcher Kollege Peters aus Willelmin a. d. R. über das Thema: „Die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe“ sprach. Redner schilderte in treffender Weise, wie notwendig die Hebung der wirtschaftlichen Lage im Baugewerbe sei. An der Hand reichen Materials bewies er, wie die Nahrungsmittel und die Mietpreise erheblich gestiegen sind, der Lohn aber noch derselbe geblieben ist. Er wies ferner darauf hin, wie die Lohnverhältnisse in anderen Zweigvereinen unseres Landes durch den Zusammenbruch der Kollegen zur Verbesserung gebracht worden sind. Redner ermahnte die Kollegen zur Nachahmung desselben und durch fleißige Agitation den Zweigverein zu stärken. In der Diskussion schilderte noch Kollege Wolleschau die Mißstände auf den Bauten in bezug auf schlechte Gerüste und forderte ebenfalls zur eifrigen Agitation für den Zweigverein auf, damit derartige Mißstände beseitigt werden könnten.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 27. März bis 2. April 1904 sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altdorf A. 600, Lübeck 400, Friedrichsberg 200, Stralitz 100, Götze 100, Moorburg 100, Tempin 60, Summa A. 1500. Zufüsse erhielten: Seiffen A. 600, Marhof 300, Rostock 250, Groß-Neuenhof 200, Letzin 200, Gorkast 160, Weichenfelde 150, Warthausen 120, Sahnstadt 120, Seiffen 100, Grotze 100, Goltstein 100, Brenden 100, Zergelow 100, Wald-Michelbach 74,50, Währhadt 70, Lahr I. 60, Wiesenfeld 50, Sandstuf 50, Perewitz 50, Seidelbrunn 50, Stammheim 50, Terow 50, Wölln i. L. 20, Segeberg 25. Summa A. 3259,50.

Altona, den 2. April 1904.

Karl Reih, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Dom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submisionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt gewordenen Anfälle, mit kurzer Anführung der Beteiligten und der überlebenden Folgen, umgehend an den Grundstein zu berichten. Ebenfalls über die aus Anfallen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschutzbestimmungen und über Submisionsergebnisse.)

Breslau. Die Baubüden haben im allgemeinen den Zweck, den Bauarbeitern in mancherlei Beziehungen als Schutz zu dienen; daß sie diesen Zweck aber in den meisten Fällen nur höchst unvollkommen erreichen, ja, daß sie in diesen Fällen sogar für die sich darin aufhaltenden Personen höchst gefährliche Gesundheitsverderber sind, weiß jeder, der auf Bauten gearbeitet hat, daß sie aber auch die direkte Veranlassung zu Unfällen geben, dürfte weniger oft vorkommen, immerhin sind solche Fälle bei der mangelhaften Baueinrichtung und bei der völligen Anarchie, die in bezug auf den Bauarbeiter auf den meisten Bauten vorherrscht, nicht gänzlich ausgeschlossen. Ein solcher Fall ereignete sich hier Mittwoch, den 23. März, auf dem Daumischen Neubau in der Albrechtstraße. Die zu diesem Neubau gehörende Baubude ist in dem völlig dunklen Keller des aufzuführenden Gebäudes untergebracht. Als nun der Maurer Schwanzer um die Mittagszeit des genannten Tages sein Mittagstrot aus dieser Bude holen wollte, stolperte er über eine Wank, wobei er zu Fall kam und sich einen Armbruch am Handgelenk zuzog, der ihn für längere Zeit arbeitsunfähig machen dürfte.

Forst i. d. E. In Eulo bei Forst stürzte am 22. März auf dem Bau des Unternehmers Steffen das Gerüst zusammen. Die Ursachen lagen in der ungenügenden Verschönerung des Gerüsts. Der Bauherr, der Maurer E. Poppel, hatte es selbst gebaut. Vier Maurer und zwei Arbeiter stürzten mit ab und erlitten erhebliche Verletzungen, Knochenbrüche und Quetschungen. Es ist bekannt, daß in Forst und den umliegenden Dörfern die Bauten auf die Durchführung der Unfallversicherungsbestimmungen gar nicht kontrolliert werden. Der Ruf nach einer zweckmäßigen Unfallversicherung und strenger Kontrolle durch Sachmänner muß in allen Gemeinden und Stadtbetrieben immer energischer und dringender erheben.

Wie Arbeiter um ihren Lohn betrogen werden. Zu diesem Kapitel wird uns aus Kronach geschrieben: Dem Unternehmern Frenzel in Remschütz bei Saalfeld und Rudhard in Söppelndorf bei Sonneberg in Thüringen, ist gemeinsam ein Los der Erdbauten und Brückenbauten zum Ausbau der Eisenbahn Großhella-Saalfeld im Submisionswege zugesprochen worden. Natürlich sind die Preise, wie üblich, arg heruntergeboten worden, und ganz besonders die Stinshauerarbeiten, wozu beide Unternehmer nicht fachkundig sind. Von hiesigen Seiten wird erzählt, daß das Submisioner Steine, oft Wehnen und Versetzen auf A. 80 veranschlagt, von den genannten Unternehmern aber für A. 40 übernommen worden sei. Die Stinshauerarbeiten wurden dann an Strohmann weiter vergeben, die selbst nichts ihr eigen nennen. Einer dieser Unteraffordanten suchte und fand auch in Kronach eine Anzahl Stinshauer gegen das Versprechen, wöchentlich, Aufschlagszahlungen von A. 30 zu leisten. Aber so weit es kam anders. Als in der zweiten Woche (Ende Februar bis Anfang März) 14 Stinshauer fleißig und tüchtig im Affordant bezahlten hatten, kam am Sonnabend der Unteraffordant Frenzel nach dem Arbeitsplatz in Föhersdorf bei Saalfeld mit der Nachricht, die Arbeiter sollten nach Egid zur Lohnauszahlung gehen. In Egid angekommen, hieß es: Frenzel bringt das Geld. Die Arbeiter warteten von 5 bis 10 Uhr Abends, aber wer nicht kam, das war Frenzel. Den Leuten blieb schließlich nichts anderes übrig, als wieder-zurück nach Föhersdorf zu marschieren und dort zu übernachteten. Am anderen Morgen ging nach Remschütz zum Unternehmer Frenzel, um dort zu erfahren, daß sie betrogen worden seien. Frenzel

erklärte den Leuten nämlich, der Belg hätte schon so viel Vorkauf weg, daß für die geleistete Arbeit nur noch 70 (für 14 Mann) übrig geblieben seien. Dies Geld wurde dem K. im Beisein eines der beteiligten Steinbauer ausgezahlt, und dieser erbot sich gleich 23 von dem Gelde. Dem Belg hat K. dann an die übrigen antwortend Steinbauergezelle: einige erhielten 6, andere 5 und einige auch nur 3. Drei Mann waren nicht erschienen, und einer von den Anwesenden ging auch noch gar leer aus. — Gintcher stellte es sich heraus, daß bei dem zwischen Frenzel und Belg abgeschlossenen Vertrag überhaupt nichts zu verdienen ist. Der Belg soll übrigens in stark betrimmenen Zustände gewesen sein, als ihm der „Vertrag“ von dem Unternehmer aufgedrückt worden ist. Leider waren die Arbeiter wieder einmal leichtsinnig genug, die Arbeit aufzunehmen, ohne sich bestimmter, und zwar annehmbarer Bedingungen zu versichern.

Nachdem dieser Afford einen für die Arbeiter recht traurigen Ausgang genommen hatte, übernahm ein Baumeister Schneider in Köpelsdorf die Steinbauer- und Maurerarbeiten. Einige Wochen ging es gut, bis es an einem der letzten Sonnabende vor Ostern wieder kein Geld gab. Zwei Arbeiter, die schon zu der ersten Kolonne gehört hatten, hatten von dem Geldmangel Wind bekommen und sie wandten sich an das Betriebsamt in Saalfeld. Dadurch zettelten sie ihren Lohn, der ihnen auf Anweisung von Saalfeld aus von der Betriebsverwaltung in Eigig ausgezahlt wurde. Die übrigen Arbeiter, es waren sechs Statiker, konnten auch diesmal ihr Geld nicht bekommen.

Zu dem letzteren Fall wird noch bemerkt, daß an dem Sonnabend (es war ein katholischer Feiertag), als die Arbeiter in Eigig und Probstzella vergeblich auf ihren Lohn warteten, die Herren Unternehmer Schneider und Kubhard sich in Kronach gültig am Salsatobrunn taten und in recht fidelem Zustande zu Hause fuhrten.

Eine Frage sei hierbei noch aufgeworfen: Wo bleibt die Fürsorge der Bauverwaltung für die Arbeiter? Unseres Wissens enthalten die Submissionsbedingungen der staatlichen Betriebe und Verwaltungen einen Passus, wonach die Betriebsverwaltung die Auszahlung der Arbeitslöhne auf Kosten des Submittenten übernimmt, wenn dieser nicht die regelmäßige Lohnzahlung gewährleistet. Man sollte meinen, daß ein solcher Fall am Bahnbau Saalfeld-Probstzella genugsam vorläge.

Submissionsblättern. Bei der Vergabung der Maurerarbeiten mit Materiallieferung (circa 10000 obm Mauerwerk) zum Bau einer Kirche in Wiesel war S. Biegl-Wiesel mit M. 252 204 Höchstfordernder und P. Wölfler-Münster mit M. 171 008 Mindestfordernder. — Für die Anlage eines Pumpenbrunnens nebst Verbindungstunnel am Wasserwerk zu Schlenker bei Kiel forderte Schiller-Kiel als Höchstfordernder M. 35 000 und B. Kiehn-Wolfenbüttel als Mindestfordernder M. 18 400, die übrigen acht Angebote lauteten: M. 18 400, 19 400, 19 600, 20 918, 23 750, 27 600, 28 750 und 29 000. Für Malerarbeiten am Dienstgebäude und Maschinenhaus desselben Wasserwerks lautete das niedrigste Angebot auf M. 287,40, das höchste auf M. 687,13. — Recht nette Preisunterbiete enthielten auch die Offerten zur Frierung schmelzbarer Fenster für ein Gebäude der Marineverwaltung in Kiel. Von 21 Offerten war die teuerste von Schmidt & Co. in Frankfurt a. M. mit M. 12 233,50 und die billigste von Ernst Reinbold in Gelle mit M. 4 239,30 abgegeben worden. Der Mittelpreis aller Offerten beträgt M. 6880.

Aus anderen Berufen.

Der Streit der Stauffeure in Essen ist mit einem großen Erfolge der Arbeiter beendet worden. Die hauptsächlichsten Errungenschaften dürfte in der Anerkennung der Organisation und in der Festsetzung eines Mindestlöhnes von 60 $\frac{1}{2}$ liegen.

Vereinigung der Maler, Lackierer etc., Jahresabrechnung 1903. Die Organisation hatte eine Gesamteinnahme (ohne Kassenbestand) von M. 816 819,28 und eine Ausgabe von M. 295 995,52. Das Vermögen betrug am Jahresabschluss M. 207 680,82. Größere Ausgabenposten sind: Streifenunterstützung M. 93 217,79 Krankenunterstützung M. 29 488,79, Reisenunterstützung M. 6555,62, Sterbeunterstützung M. 3385, Gemäßigtenunterstützung M. 2265,48, Fachorgan M. 28 460, Agitation M. 10 840, Verwaltungskosten der Zentrale (persönliche) M. 7910,92, (sachliche) M. 10 889,88, in den Filialen vertrieben inkl. Buchzug M. 88 857,34, Generalversammlung und Konferenz M. 6086,55.

Den eingegangenen Beiträgen nach haben 19 087 Mitglieder den vollen Jahresbeitrag (52 Wochen) bezahlt. Neu aufgenommen wurden im Berichtsjahre 15 768 Mitglieder, eine Zahl, wie sie bisher noch nicht erreicht wurde. Von großer Standhaftigkeit sind aber die Maler ebenso wenig wie die übrigen Arbeiter, denn von den 12 767 im Jahre 1902 aufgenommenen Mitgliedern kehrten 80 pZt. im ersten Jahre ihrer Mitgliedschaft der Organisation wieder den Rücken. Von 8200 Mitgliedern, denen im Jahre 1899 neue Mitgliedsbücher ausgestellt wurden, gehörten am 1. Januar 1903 nur noch 2880 der Organisation an.

Zentralverband der Schmiede, Jahresabrechnung 1903. Kassenbestand am 31. Dezember 1903: M. 83 247,87, dazu Gesamteinnahme M. 107 021,04, Gesamtausgabe M. 93 918,91. Größere Ausgabenposten sind: Agitation M. 7566,01, Fachorgan M. 11 080,27, persönliche und sachliche Verwaltungskosten des Vorstandes und Ausschusses M. 8966,92, Beamtenentschädigung in den Hauptstellen M. 5168,77, andere Verwaltungskosten in den Hauptstellen M. 12 979,25, Generalversammlung M. 5710,18, Reisenunterstützung M. 4790,10, Arbeitslohnunterstützung M. 19 897,65, Streifenunterstützung M. 8973,80, Gemäßigtenunterstützung M. 1755,97.

Nach den vereinnahmten Eintrittsgeldern sind dem Verband 5458 Mitglieder im Berichtsjahre beigetreten, nach den Beiträgen rechnet der Verband mit 8902 Mitgliedern gegen 7244 im Jahre 1902. Von 1000 eingetretenen Mitgliedern blieben im Verband 303 gegen 204 im vorhergehenden Jahre. Die Situation hat also etwas nachgelassen.

Verband deutscher Mühlenarbeiter, Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. Januar 1901 bis dahin 1904. Am Ende der Berichtsjahre waren in 82 578 Betriebe 37 083 Personen beschäftigt. Die Zahl der Betriebe ist in zwei Jahren um 773 zurückgegangen, eine Folge der groß-

kapitalistischen Mühlenindustrie. Wesentlich durch die Einwirkung des Verbandes hat sich der Durchschnittslohn der Mühlenarbeiter seit 1897 von M. 703 auf M. 818 erhöht. Die Zahl der Mitglieder stieg in der Berichtszeit von 1742 auf 7700. Die Situation im Verbands ist außerordentlich groß. Die Hauptstärke hat in den letzten drei Jahren M. 84 348 bezuinnagt und dies zuletzten ein Bestand von M. 25 121 auf.

Der Verband der in Gemeindegemeinden beschäftigten Arbeiter und Unterangestellten hatte nach seiner Abrechnung am Schluß des vergangen Jahres 10 897 Mitglieder aufzuweisen. Der Verband, der erst 1890 mit 150 Mitgliedern ins Leben trat, hat sich in den wenigen Jahren seiner Existenz ganz bedeutend ausgedehnt und damit bewiesen, daß auch die Gemeindegemeinden dringend einer Organisation bedürfen, um ihre wirtschaftlichen Interessen gegenüber den kommunalen Behörden zu wahren.

Der Gewerkschaftsverband hat im Jahre 1903 einen Ueberzuzug von 4577 erzielt. Das Verbandsvermögen belief sich auf M. 78 467. Eine recht große „Unstimmigkeit“ besteht zwischen eingeschriebenen und zahlenden Mitgliedern; die ersteren werden auf 7741 und die letzteren auf 2944 angegeben. Die Zahl der zahlenden Mitglieder hat sich gegen das vorhergehende Jahr um 846 vermehrt.

Polizei und Gerichte.

Schutz den „Arbeitswilligen“. Wegen Nötigung, Bedrohung und Beleidigung von „Arbeitswilligen“ hatte sich am 27. März vor dem Landgericht in Graubenz der Maurer Witzmann in Graubenz zu verantworten. Der Angeklagte soll der Anlage gemäß diese Vergehen an den Maurern Kaufmann, Ulrich und Kirsten verübt haben und zwar am 25. und 26. November v. J. Die Zeugen wußten nichts Belastendes gegen den Angeklagten auszusagen, trotzdem plaidierte der Staatsanwalt für Schuld, da der Angeklagte ein temperamentvoller Mensch sei, dem man diese Vergehen wohl antzutrauen könne. Die „Arbeitswilligen“ müßten aber nachdrücklich geschützt werden, und da dieses der erste Fall in Graubenz sei, so sei eine hohe Strafe am Platze, damit andere vor ähnlichen Vergehen zurückflehren, ein Monat Gefängnis sei daher als eine angemessene Sühne zu erachten. Nach langer Beratung berührte der Vorsitzende, daß das Gericht den Angeklagten von der Anklage der Nötigung und der Bedrohung freigesprochen, dagegen der Beleidigung der „Arbeitswilligen“ schuldig befunden habe. Da der Angeklagte sich bisher eines guten Rufes erfreute, habe das Gericht von einer Gefängnisstrafe abgesehen und Geldstrafe von 50 verurteilt; außerdem sei dem Beleidigten, Kaufmann, das Recht gegeben, das Urteil auf Kosten des Angeklagten innerhalb vier Wochen nach erlangter Rechtskraft in Graubenz „Geselligen“, Stadtblatte, zu veröffentlichen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) Heft 27 des 22. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Brennlische Hegemonie, Nullstiche Satirap. — Carey und Hallat. Ein Fragment aus dem Nachlaß von Karl Marx. — Die Herkule Schulpolitik in Belgien. Von Emile Vandervelde. — Der Arbeiter in der kildenden Kunst. Von F. P. — Literarische Rundschau: Dr. Fridolin Schuler, Erinnerungen eines Siebzehnjährigen. Von Adolf Braun. Apot Glems-Selmer. Die Doktorfamilie im hohen Norden. Von K. K. — Notizen: Luise Wiesel f. Von Klara Zellin.

Protokoll der Verhandlungen des ersten Allgemeinen Seimarbeiterkongresses. Abgehalten zu Berlin im Generalkongresssaal am 7. bis 9. März 1904. Verlag der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (C. Legien), Berlin SO. 16. Das Protokoll bringt den größten Teil der Ausführungen der Referenten und Diskussionsreferenten wörtlich. Es bietet somit nicht nur ein genaues Bild der Verhandlungen, sondern auch ein gewichtiges Material zur Erörterung der dringenden Frage der gesetzlichen Regelung der Seimarbeit. Die 14 Bogen lange Schrift kostet 60 $\frac{1}{2}$ pro Exemplar. Einzel Exemplare sind durch den Buchhandel zu beziehen. Die Gewerkschaften erhalten bei größerem Bezug das Exemplar zu 30 $\frac{1}{2}$, andere Organisationen zu 40 $\frac{1}{2}$ geliefert. Gewerkschaften und andere Organisationen wollen die Bestellungen richten an: S. Kube, Berlin SO. 16, Engel-Str. 15.

Der Kampf gegen die giftigen Bleifarben. Eine Darlegung der Bewegung gegen die Verwendung der Bleifarben, eine Aufstellung des Umfangs der Weiverfüllung und ihrer Folgekrankheiten, eine Begründung der Notwendigkeit des reichs-gesetzlichen Verbots der Bleifarbenverwendung. Herausgegeben vom Vorstand der Vereinigung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Länger und Weibhinder Deutschlands. Kommissionsverlag von Alch. Wapinski, Leipzig, Langestraße 27, Preis brosch. 75 $\frac{1}{2}$. (Vorlo 10 $\frac{1}{2}$.)

„In freien Stunden“, illustrierte Wochenschrift, Heft 14 des achten Jahrgangs. Das Heft enthält als Hauptstück die Fortsetzung des Gerächtlichen Romans „Die Falschriten des Wapinski“, sowie die Fortsetzung von Alexander Dumas „Gabriel Lambert, der Galereinhaber“.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieck Verlag) Nr. 8 des 14. Jahrgangs.

Der „Wahre Jakob“, Nr. 8 seines 21. Jahrgangs. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Nasche Wandlung“ (nach v. Einem) und „Die Wahl in Schwinge-Schmalfabrik“, sowie die Illustrationen „Zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes“.

Briefkasten.

Dortmund, 2. Sie haben zu viel gehofft. Daran war gar nicht zu denken, daß in der laufenden Nummer noch Versammlungsberichte, die am Dienstag Morgen eingingen, veröffentlicht werden konnten.

Sterbetafel.
 (Unter dieser Rubrik veröffentlichten wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 $\frac{1}{2}$.)

Sagrent. Am 27. März starb unser Verbandskollege **Konrad Frühhaber** im blühenden Alter von 24 Jahren an Lungenleiden.

Berlin. (Ektion der Puger.) Am 31. März verstarb unser Mitglied **Heinrich Klehler** im Alter von 64 Jahren an Nierenleiden.

Braunschweig. Am 20. März starb unser Verbandskollege **Johann Lange** im Alter von 58 Jahren an Lungenüberfälle. — Am 22. März starb unser Verbandskollege **Christian Krake** im Alter von 62 Jahren an Nervenleiden.

Dortmund. Am 19. März starb nach schwerem Leiden unser Verbandskollege **Otto Peters** im blühenden Alter von 20 Jahren an Blinddarmentzündung.

Dresden. Am 29. März verstarb unser Mitglied **Friedrich Theodor Wog** nach Niederblut im Alter von 38 Jahren an Lungenemphysem.

Essen. Am 26. März starb ein Mitglied eines Angestelltenkollegen unser Mitglied **Fritz Bähnk** aus Males in im Alter von 59 Jahren.

Kronach-Sachsen. Am 28. März starb unser treuer Verbandskollege **Fürsch**, Mitbegründer der „Arbeitliche Schme“, im Alter von 26 Jahren an der Prostatitis-frantheit. Wir werden ihm stets ein gutes Andenken bewahren.

Mühlent. Am 18. März starb unser Mitglied **Julius Nitze** im Alter von 50 Jahren an Lungenentzündung.

Pfaffenwiesbach. Am 25. März verstarb unser Verbandskollege **Heinrich Maibach** im Alter von 29 Jahren.

Waren i. M. Am 1. April verstarb nach kurzer Krankheit unser Kollege **O. Schäde** im Alter von 48 Jahren an Lungenentzündung.

Chre. ihrem Andenken!

Lübbenau.
 Die Adresse des Kassierers ist: **Hermann Groseck**,
 Chausseestraße 335. [M. 1,20]

Neuruppin.
 Die Adresse des Vorsitzenden des hiesigen Zweigvereins ist: **W. Neumann**, Wulfenstraße. [M. 1,20]

Hagen i. Westf.
 Der Kollege **Ab. Pilger** (Buch-Nr. 76 088) soll in Sachen des Kollegen **Heinr. Schäfer** als Zeuge vernommen werden. Wir eruchen den Kollegen resp. die Zweigvereinsvorstände, uns die Adresse sofort mitzuteilen. [M. 2,10]

Der Vorstand: S. A. Leo Weber, Rembergstr. 24.

Der Maurer **Otto Feil** aus Neumünster oder Kollegen, die dessen Aufenthalt kennen, werden ersucht, seine Adresse an **Frau Feil**, Altonaerstraße 39, gelangen zu lassen. Es handelt sich um Familienverhältnisse. [M. 1,20]

Versammlungs-Anzeiger.
 (Unter dieser Rubrik werden alle Versammlungen der dem Erscheinungstage der jeweiligen Nummer des Blattes folgenden Woche bekannt gemacht. Die Anzeigen müssen für jede Versammlung denorts eingekauft werden und bis spätestens am Dienstagmorgen 8 Uhr in unseren Händen sein.)

Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, 10. April.

Brück. Nachmittags 8 Uhr. Referent anwesend. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Dalltisch. Nachmittags 8 Uhr im „Sindenhof“. Zahlreiches Erscheinen ist unbedingt notwendig.

Granssee. Nachmittags 8 Uhr im „Weihen Hof“. Abrechnung vom ersten Quartal, Berichtlesen.

Hamburg. Nachmittags 8 Uhr im „Franken-Hofale“. Das Erscheinen aller Kollegen ist dringend nötig.

Neudamm. Im Hotel „Kaiserhof“. Referent. Nach einer Kaffeezeit, Gauskonferenzbericht. Am Erscheinen aller Mitglieder wird gebeten.

Rendsburg. Nachmittags 8 Uhr beim Gastwirt Jolopp. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Seesen. Nachmittags 8 Uhr im „Kittap-Hof“. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

Teuchern. Nachmittags 8 Uhr im „Gasthof „Zur Sonne“. Referent anwesend. Erscheine alle, Mann für Mann.

Werder a. d. Havel. Nachmittags 8 Uhr bei W. Koch. Zahlreiches Erscheinen ist dringend notwendig.

Mittwoch, 13. April.
 Abends 8 Uhr im Vereinslokale. Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Sonntag, 17. April.
 Nachmittags 8 Uhr in der Wohnung des Kollegen **Wittmann** in Köb. Schwendestraße 460. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Neuhaldensleben. Nachmittags 8 Uhr bei Herzog. Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

Wiesenburg. Nachmittags 8 Uhr bei Fräulein. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Zentral-Arnenkassen der Maurer usw.
Sonntag, 17. April.
 Vormittags 10 Uhr im Lokale Ledentzin. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Potsdam. Vormittags 10 Uhr im Lokale Ledentzin. Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig.

Drud: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt **Kuer & Co.** in Hamburg.